

Telegraphische Depeschen.

Wien, 20. Oct. Die hochofficiöse Montags-Revue meldet: Graf Andrassy acceptirt keine bloß formelle Majorität in den Delegationen. Er werde die Geschäfte nur weiter führen, wenn er das Bewußtsein erlange, daß seine Politik im Einklange mit den wirklich maßgebenden Factoren der öffentlichen Meinung Oesterreichs stehe, um sie auf Grundlage unserer Verfassungslehre im Sinne des Staatssystems fortführen zu können, an dessen lebendiger Erneuerung er so hervorragenden Antheil genommen. Die Montags-Revue sagt, daß die Neubildung des österreichischen Cabinets nicht eher erfolgen werde, als bis das Abgeordnetenhaus über die auswärtige Politik gesprochen.

Budapest, 19. Oct. Der Reichstag wurde heute unter dem Vorsitze des Alterspräsidenten Anton Boer formell eröffnet. Eine eingegangene Zuschrift des Ministerpräsidenten theilt mit, daß die feierliche Eröffnung des Reichstages durch die Thronrede morgen Mittag in der Hofburg stattfindet.

Budapest, 20. Oct. Die Thronrede bei der heutigen Eröffnung des Reichstages erklärt, sie könne infolge der gegenwärtigen Lage der Regierung und des Landes nicht auf jene wichtigen Agenden hinweisen, welche die Thätigkeit des Reichstages in Anspruch nehmen werden. Im Gefühle der Wichtigkeit dieser Agenden wird der Kaiser Sorge tragen, daß die Regierung des Landes sobald als möglich sich in der Lage befinde, dieselben bezeichnen und verfassungsmäßig behandeln zu können. Die Thronrede lenkt die Aufmerksamkeit des Parlaments nur auf zwei Gegenstände hin, deren wenigstens provisorische Erledigung in kürzester Zeit als nothwendig erscheine, und zwar auf die die Wehrkraft betreffende Verfügung und auf die mit den Königreichen Kroatien und Slavonien abzuschließende finanzielle Convention, da die Wirksamkeit der betreffenden beiden Gesetze mit dem Ende des Jahres abläuft. Weiter heißt es in der Thronrede: „Wir haben auf dem Berliner Congreß bezüglich der Occupation und der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina ein europäisches Mandat angenommen; wir müssen unser Bedauern ausdrücken, daß eine Lösung nicht auf friedlichem Wege bewirkt werden konnte. Dank der die größte Anerkennung verdienenden Haltung der tapfern Armeen, kann der erste Theil der Aufgabe als beendet betrachtet werden. Es gericht dem Kaiser zur Beruhigung, bis dahin, wo der Minister des Aeußern den Delegationen eine eingehende Aufklärung wird geben können, mitzutheilen, daß das gute Einverständnis, in welchem wir mit sämmtlichen Mächten stehen, die Hoffnung gestattet, daß der rückständige Theil der Aufgabe mit größter Schonung der Opferwilligkeit der Völker wird effectuirt werden können.“ Schließlich hofft und vertraut die Thronrede, daß der Patriotismus, die Weisheit und die Mäßigung des Parlaments auch während dieses Reichstages die Wege

und Mittel finden werden, welche zum Wohle und zum Aufblühen Ungarns dienen.

Rom, 19. Oct. Die Opinions bespricht die Politik Italiens bezüglich Bosniens und der Herzegowina und unterwirft, als die Annexion dieser Provinzen an Oesterreich im Interesse Italiens liege. Das Blatt meint, die befriedigendste Lösung der orientalischen Frage wäre die Annexion der verschiedenen Nationalitäten, diese sei jedoch schwierig wegen des Gemischtes der verschiedenen Rassen. Die Opinions hebt ferner die civilisatorische Action Oesterreichs hervor, welches das schwierige Problem löse, mit den verschiedenen Nationalitäten ein Reich zu bilden, und bemerkt, das Interesse Italiens erheische ein starkes und geachtetes Oesterreich, weil, wenn Oesterreich zerstört oder geschwächt werde, der Panislamismus sich des ganzen Orients bemächtigen würde. Italien müsse demnach Oesterreich seine herzlichste Mitwirkung leihen und demselben bei jeder Gelegenheit hilfreich sein. Auf diese Weise könnte man leichter jene billigen Grenzrectificationen erlangen, die von Italien gewünscht würden, denen man aber nicht das Heil und den Frieden des Vaterlandes opfern dürfe.

Rom, 19. Oct. abends. Der Marineminister hat ebenfalls seine Dimission gegeben. Der Ministerpräsident Cairoli hat sich heute zu einer Conferenz mit dem Könige nach Monza begeben und kehrt abdam hierher zurück.

Paris, 18. Oct. abends. Die Gerüchte von der eventuellen Dimission des Marschalls und von entstandenen Differenzen mit dem Ministerium über die Senatswahlen sind ohne Begründung. — Der Moniteur meldet die Verlobung der Prinzessin Thyra von Dänemark mit dem Herzog von Cumberland. — General Ignatiew ist hier eingetroffen. — Die hiesige Presse weist die Communique deutscher Blätter betreffs die Ernennung des Grafen Beust zum österreichischen Votschafter in Paris zurück und protestirt dagegen, daß damit Gefahren für neue Intriguen an der Seine entstanden wären. Frankreich beschäftige sich nur mit seinen Angelegenheiten und wolle den Frieden. (a. Post.)

Paris, 19. Oct. Die republikanischen Blätter, vorzüglich die Republique française, bringen heute scharfe Artikel über mehrfache in den letzten Tagen vorgenommene Verhaftungen von Bürgern, welche unter der Anklage der Theilnahme an der Commune stehen. Die genannten Blätter deuten an, daß sich wieder Anzeichen einer Reaction neben der Regierung geltend machen. Der Temps bemerkt hierzu, daß der Polizeipräsident bereits Befehl gegeben habe, alle fernern Verhaftungen von Contumacierten zu unterlassen. — Der Moniteur will wissen, daß die österreichische Regierung betreffs der Ernennung des Grafen Beust wieder schwankend geworden sei und daß auch die französische Regierung zögere, den Grafen Beust als Votschafter zu acceptiren. (a. Post.)

Paris, 20. Oct. Im radicalen Lager herrscht lebhafteste Aufregung auf Grund der in den letzten Tagen vorgenommenen Verhaftung von 28 Personen, die wegen unter der Commune begangener Verbrechen in contumaciam verurtheilt waren. Die Republique française eröffnet eine heftige Polemik gegen die Urheber der Verhaftungen.

Paris, 20. Oct. Wie hier aus verlässlicher Quelle verlautet, bestehen zwischen Frankreich und England bezüglich Aegyptens nicht nur keine Differenzen, sondern es ist zwischen den beiden Mächten sogar bezüglich der Orientpolitik ein Einverständnis erzielt worden, das für die weitere Entwicklung der Dinge von höchster Bedeutung werden dürfte. Die Entsendung der französischen Flotte nach dem Mittelmeere hat nicht nur nicht die Tendenz einer Demonstration gegen England, sondern verfolgt gerade die entgegengesetzte Absicht, nämlich die Unterstützung Englands. Frankreich wird sich zwar, wenn auch alle Anzeichen dafür sprechen, daß seine Passivität in ihrem bisherigen Sinne baldigst aufgegeben werden dürfte, in keine unnöthige Action stürzen, allein seine Politik geht dahin, an der Seite Englands den russischen Einfluß weder in Europa noch in Asien weitere Ausdehnung gewinnen zu lassen. Die große Bedeutung dieser Haltung Frankreichs dürfte darin zu suchen sein, daß, wenn von anderer Seite die Absicht einer Unterstützung Russlands gehegt werden sollte, hierbei die Eventualität in Rechnung gezogen werden müßte, daß Frankreich sein Gewicht in entgegengesetzter Richtung in die Waagschale werfe. Diese Haltung Frankreichs macht auch die russischen Berechnungen zu Schanden, die von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß, wenn Oesterreich und England durch anderweitige Beschäftigung genügend in Anspruch genommen seien, für Russland der Augenblick kommen würde, seine Pläne im Orient zu verwirklichen. Diese Rechnung würde sich als falsch erweisen, denn Frankreichs Opposition gegen die Verwirklichung dieser Pläne steht mit jener Englands auf gleicher Linie. (D. N. Bl.)

London, 18. Oct. Im Lande verlaufen Klagen über die Finanzlage, welche jede Woche mehr sich verschlimmert. Die Ausgaben in dem bis jetzt verlaufenen Finanzjahre belaufen sich auf 47 Mill., die Einnahmen auf 38,200,000. Die Einnahmen nehmen trotz höherer Einkommensteuer ab, die Ausgaben sind innerhalb eines halben Jahres über 3 Mill. gestiegen. Für nächstjähriges Budget wird ein Deficit von 9 Mill. befürchtet. (a. Post.)

London, 20. Oct. Gestern fand in Birmingham anlässlich des Besuches des Schatzkanzlers Northcote, welcher mit großem Enthusiasmus empfangen wurde, eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. Northcote hielt eine längere Rede, in welcher er die innere Lage des Landes und sodann auch die auswärtigen Angelegenheiten erörterte. Northcote erklärte, er wolle nicht leugnen, daß die Vermehrung der Aus-

Das Telemachon.

Das Cincinnatier Volksblatt schreibt: „Schon lange hat sich die wissenschaftliche Welt mit dem Problem beschäftigt, die gewaltige Kraft von Flüssen und Wasserfällen aus Gegenden, wo sie vollständig unbenutzt bleibt, nach Punkten zu leiten, wo sie von unschätzbarem Werthe sein würde, d. h. zum Betriebe von Fabriketablissemments und zahllosen andern Zwecken verwendet werden könnte. Die große Aufgabe ist nun von Hrn. Wallace, einem Fabrikanten in Ansonia (Connecticut), durch Erfindung einer Maschine gelöst worden, welche auf dem einfachen Gesetze der Verwandlung von mechanischer Kraft in Electricität und der Wiederumwandlung der Electricität in mechanische Kraft beruht. Die Maschine, Telemachon genannt, ist augenscheinlich dazu bestimmt, eine ungeheure Umwälzung im ganzen Fabrikwesen hervorzurufen. Durch sie wird man im Stande sein, die ungeheure Kraft der Niagarafälle durch den elektrischen Strom sowohl nach Newyork als nach Cincinnati oder irgendeinem andern Punkte des Landes zu leiten und dort zum Fabrikbetriebe sowie zur Beleuchtung der Stadt mit elektrischem Lichte oder für tausend andere Zwecke zu verwenden. Nach einer Berechnung des Professors Siemens in Glasgow ist die Wassermasse, welche über die Niagarafälle herabstürzt, einem Gewichte von 100 Mill. Tonnen gleich, das stündlich aus einer Höhe von 150 Fuß fällt. Die Kohlenmasse, welche jährlich erforderlich sein würde, um dieses Gewicht zu dem Punkte emporzuheben, von welchem es herabstürzt (so berechnet man die Wasserkraft), würde 260 Mill. Tonnen betragen, oder genau

die Masse, welche jetzt in der ganzen Welt verbrannt wird. Könnten nur 50 Proc. der Kraft, die erforderlich ist, um die erste dynamoelektrische Maschine (welche die Kraft in Electricität umsetzt) zu treiben, bei der Wiederumsetzung der Electricität in mechanische Kraft wiedergewonnen werden, so würde man bei Ruhbarmachung der ganzen Wasserkraft der Niagarafälle und der Vertheilung derselben über die ganzen Vereinigten Staaten von diesem Wasserfall allein ebenso viel mechanische Kraft gewinnen, wie gegenwärtig überall durch Kohlen erzeugt wird, angenommen, daß man die Hälfte der in der Welt verbrauchten Kohlen ausschließlich für mechanische Zwecke verwendet.

Die Kraft der Niagarafälle soll nun in folgender Weise für praktische Zwecke nutzbar gemacht werden. Die ungeheure Wassermasse wird in Schächte geleitet, welche sich von dem obern Punkte der amerikanischen Fälle bis unten in den Kessel hinabziehen. In diesen Schächten befinden sich kolossale Wasserräder, die Wellen drehen, welche wiederum die den elektrischen Strom erzeugenden Maschinen in Bewegung setzen. Dieser Strom wird dann durch Kupferstrangen, welche als Leiter der Electricität dienen, nach Newyork oder irgendeinem andern Punkte geleitet. Wo immer man Triebkraft gebraucht, wird ein Draht an die Leitungstränge befestigt und mit den Fabriken in Verbindung gebracht in derselben Weise, wie man heute das Gas aus den Leitungsröhren in die Häuser befördert. In der Fabrik ist ein Telemachon angebracht von genügender Größe, um die Maschinerie zu treiben. Das Telemachon setzt den elektrischen Strom wieder in mechanische Kraft um und diese kann abdam nach

Belieben dienstbar gemacht werden. Das Telemachon ersetzt somit vollständig die Dampfmaschine. Die Electricität, welche an den verschiedenen Punkten aus der Hauptleitung abgeleitet wird, regulirt man nach demselben Princip wie bei Telegraphenleitungen.

Natürlich kann der elektrische Strom auch zu Beleuchtungszwecken verwendet werden und zwar stellen sich die Kosten derselben im Vergleiche mit der Gasbeleuchtung oder der Erzeugung des elektrischen Lichtes durch Dampf auf eine äußerst niedrige Ziffer. Nach den Berechnungen von Sachverständigen würde beispielsweise die Beleuchtung der Niessenstadt Newyork durch den durch die Niagarafälle erzeugten elektrischen Strom etwa folgende Summen kosten. Nimmt man die Leuchtkraft des gewöhnlichen Gasbrenners auf 10 Kerzen an und die Leuchtkraft des durch eine elektrische Maschine erzeugten Lichtes auf 4000 Kerzen; nimmt man ferner an, daß sich in der Stadt Newyork etwa 5000 Straßenlaternen befinden, die jede 20 Kubikfuß Gas per Stunde verbrennen, so ergibt sich, daß etwa 14 dieser Maschinen so viel Licht liefern, als zur Beleuchtung der ganzen Stadt erforderlich ist. Die Kosten der Gasbeleuchtung, zu nur 1 Doll. per Tausend Kubikfuß berechnet, stellen sich auf wenigstens 100 Doll. per Stunde, die Kosten eines einzigen elektrischen Lichtes von 1000 Kerzen Leuchtkraft auf etwa 3 C. per Stunde. Jede der 13 elektrischen Maschinen, die auf Thürmen aufgestellt werden müßten, erzeugt ein Licht von 4000 Kerzen Leuchtkraft, welches 13 C. per Stunde kostet; 13 Maschinen würden 1 Doll. 56 C. kosten.

gaben der Regierung große Sorge mache, man dürfe aber nicht vergessen, daß diese Vermehrung bis zu einem gewissen Punkte auf die legislativen Maßregeln der Vorgänger der jetzigen Regierungsmitglieder zurückzuführen sei. Der Export sowie der Import hätten sich während der letzten 22 Jahre verdoppelt; das Land könne also eine hierzu im Verhältnis stehende Vermehrung der Ausgaben ertragen. Er glaube nicht, daß es nötig sein werde, dem Lande neue Opfer aufzuerlegen. Auf die auswärtigen Angelegenheiten übergehend, konstatierte Northcote, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrages bis auf die Montenegro betreffenden auf eine befriedigende Weise ausgeführt würden. Ein wichtiger Augenblick würde aber eintreten, wenn im nächsten Mai die Evacuation der noch von den Russen besetzten Gebietsteile vollkommen durchgeführt sein müsse. Er sei aber überzeugt, daß die europäischen Mächte es nicht zulassen würden, diese Bestimmungen des Berliner Vertrages beiseitezusetzen. Die Regierung werde auch fernere ihre feste, vorsichtige und maßvolle Haltung beobachten. Ein großes Princip der Regierungspolitik sei die Erhaltung des türkischen Reiches. Er wolle die Schäden der Türkei nicht verteidigen, aber welche Nation könnte man an ihre Stelle setzen? Die Idee, die Türkei durch Griechenland zu ersetzen, sei unhaltbar. Die Pforte habe die Vorschläge Englands bezüglich der Reformen in einer sehr ermutigenden Weise angenommen. Die Regierung glaube, daß sie eine wichtige Verbesserung in der asiatischen Türkei durchsetzen und auf diese Weise die Interessen Englands in dieser Region fördern werde. Northcote besprach sodann die englisch-türkische Convention bezüglich Cyperns und erklärte, die Regierung habe, indem sie sich jener Insel bemächtigt, militärische Gründe gehabt, die er indessen nicht öffentlich discutieren wolle. England habe durch die Bestimmung von Cypern gleichzeitig einen Punkt erworben, von dem aus es die Ausführung der Reformen in der Türkei überwachen könnte. Schließlich wandte sich der Schatzkanzler in seiner Rede zu der afghanischen Angelegenheit und stellte die Behauptung in Abrede, daß die Mission Chamberlain's eine kriegerische gewesen wäre. Chamberlain habe nur eine zum Schutze gegen die Barbarenstämme notwendige Escorte bei sich gehabt. Die Nation könne sicher sein, daß die Regierung sich gegen Insulten verteidigen werde, welche die Ehre und das Prestige Englands im Orient schädigen könnten. Alle eventuellen Maßregeln würden nur die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenze zum Zweck haben. Northcote schloß mit der Erklärung, der gegenwärtige Zeitpunkt erfordere Klugheit und Festigkeit, denn es sei wol möglich, daß sich Leute finden würden, welche die Aufmerksamkeit Englands von dem Hauptziele: der gerechten und vollkommenen Ausführung des Berliner Vertrages, ablenken möchten.

*** London, 19. Oct. morgens.** Daily News wird aus Kasanli vom 18. Oct. gemeldet, General Wade werde den Oberbefehl über ein Lager von 5000 Mann übernehmen, das in Hussanabbul gebildet werden soll. Der Oberbefehlshaber werde ein Armeecorps commandiren, welches Kabul angreifen soll, Neville Chamberlain werde ein zweites Corps commandiren.

*** London, 21. Oct.** Die Times enthält eine Meldung aus Darjelling vom 20. Oct., welche besagt: die ganz unbefähigte Rückkehr des britischen Abgesandten aus Kabul scheine den Entschluß des Emirs anzudeuten, wenn auch nicht den englischen Forderungen sich vollständig zu unterwerfen, so doch wenigstens sich auf Verhandlungen zur Vermeidung des sofortigen Ausbruches des Krieges einzulassen. Die indische Regierung habe die Absicht eines Winterfeldzuges vollständig aufgegeben.

*** Mons, 19. Oct.** Unter den Arbeitern in den hiesigen Steinbrüchen ist ein Strike ausgebrochen. Eine Abtheilung Gensdarmen hat sich bereits nach dem betreffenden District begeben, auch haben Linientruppen den Befehl zum Abmarsch erhalten.

*** Wien, 19. Oct. abends.** Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Der Großvezir soll den Botschaftern einzelner Großmächte gegenüber den Bedenken Ausdruck gegeben haben, welche die militärischen Vorkehrungen des russischen Armeecommandos der Pforte einflößen. Derselbe soll gleichzeitig darauf hingewiesen haben, daß dieser Zustand der Pforte großen finanziellen Schaden zufüge, da er sie abhalte, zur Abrüstung zu schreiten. — Die Gerüchte von der bevorstehenden Entsendung Osman-Pascha's nach Salonichi oder nach Albanien sind unbegründet.“ — Aus Bulareff: „Die ersten rumänischen Truppen sind zur Besetzung der Dobrudscha abgegangen, das Gros folgt in der nächsten Woche. In Bessarabien haben die Russen bereits die Post und Telegraphenämter übernommen.“

*** Konstantinopel, 18. Oct.** Die bei Kossowa concentrirten türkischen Truppen sind wieder um 40 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Cavalerie und 5 Batterien Artillerie verstärkt worden. Außerdem

wurden 16 Bataillone Infanterie, 1 Cavalerieregiment und 3 Batterien nach Ustuf geschickt. (S. L. V.)

*** Paris, 19. Oct. abends.** Der Moniteur will wissen, daß die Pforte den Forderungen Englands bezüglich der Organisation der Gensdarmen in Kleinasien, welche durch englische Offiziere geleitet werden solle, bezüglich der Organisation gemischter Gerichtshöfe, an welchen europäische Richter teilnehmen sollen und bezüglich der Einziehung der Steuern durch eine gemischte Commission, deren Majorität aus Engländern bestehen werde, ihre Zustimmung erteilt habe.

London, 18. Oct. Nach einer hier eingetroffenen Meldung concentrirt die Pforte gegenüber den griechischen Truppenanhäufungen an der Grenze Griechenlands eine starke Armee. Neuerdings sind zur Verstärkung des Observationscorps wieder 12 Bataillone Nizams nach Salonichi, Bolo und Prevesa dirigirt worden und dürften in nächster Zeit weitere Verstärkungen dorthin abgehen. Wie verlautet, solle Osman-Pascha oder Fuad-Pascha das Commando der Observationsarmee übernehmen. (S. L. V.)

*** Konstantinopel, 20. Oct.** In der am Freitag stattgehabten Sitzung des Nationalrathes der gregorianischen Armenier bekämpfte der Patriarch Narses das Project betreffend die Autonomie Armeniens, das infolge dessen aufgegeben zu sein scheint.

*** Athen, 19. Oct.** Die Kammer nahm in der heutigen Sitzung mit 69 gegen 63 Stimmen eine die Politik der Regierung billigende Resolution an. Die fünf Minister sowie drei Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Das Blaubuch gelangte zur Bertheilung.

Leipzig, 21. October.

Endlich, nach beinahe sechswochentlicher Dauer der außerordentlichen Reichstagsession, ist das Socialistengesetz endgültig beschlossen. Ein rascheres Zustandekommen wäre, des moralischen Eindrucks wegen, wünschenswerth gewesen; doch entschädigt dafür, daß dies nicht möglich war, in etwas wenigstens die unerwartet starke Mehrheit, womit das Gesetz schließlich votirt worden, besonders aber der sehr erfreuliche Umstand, daß innerhalb der drei „staatsverhaltenden“ Parteien, trotz mancher zum Theil ziemlich principieller Bedenken, welche von der einen oder anderen Seite gegen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung bestanden, dennoch nicht die kleinste Gruppe, ja nicht ein einziger Abgeordneter sich außerhalb des unter denselben geschlossenen Compromisses gestellt hat.

Es ist damit ein Beispiel gegeben, wie auch in noch so schwierigen Fragen bei reblichem Willen und Zurückstellung aller einseitigen Parteinteressen hinter das große Interesse des Vaterlandes die Linie zu finden ist, wo diese drei Parteien unter sich und mit der Reichsregierung gemeinsam gehen können, und dieses Beispiel wird hoffentlich nicht vereinzelt bleiben. Sind andere Fragen nicht von so unmittelbar brennender Natur wie diese Socialistenfrage, so ist doch das feste Zusammenhalten einer großen Majorität der Nationalvertretung mit der obersten Leitung des Reiches in alle Wege eine zu jeder Zeit nützliche, gerade jetzt vielleicht doppelt notwendige Stärkung der letztern nach innen und außen.

Denn kein Zweifel besteht wol darüber, daß die Gegner des Deutschen Reiches im Innern und von außen mit unverhohlener Schadenfreude und mit stillen Hoffnungen nicht der freundschaftlichsten Art das scheinbare Auseinanderfallen des Reichstages in lauter vereinzelte und sich untereinander bekämpfende Parteien, die zwischen der stärksten dieser Parteien, den National Liberalen, und dem Reichskanzler immer größer werdende Entfremdung und die durch alles dieses, wie sie sicher wähten, prognosticirte Schwächung Deutschlands seit Monaten schon verfolgt haben, ja daß bereits hier und da so mancher geheime Plan wider uns auf Grund dieser Berechnung geschmiedet worden ist.

Ganz zufällig ist es schwerlich, daß gerade jetzt Graf Beust, der bekannte alte Gegner eines starkgeint Deutschlands, von Wien aus nach Paris gesandt wird. Mag nun Graf Andrassy diese Wahl haben treffen müssen, um sich selbst zu halten, oder weil er sie nicht hindern konnte, oder mag dieselbe nur als eine Vorläuferin des Sturzes dieses allezeit als aufrichtig deutschfreundlich erkundeten leitenden Staatsmannes anzusehen sein — gleichviel! die Thatsache bleibt bestehen, daß Oesterreich in Paris durch einen Mann vertreten sein wird, der schon 1870 ein französisch-österreichisch-italienisches Bündniß gegen Deutschland so gut wie fertig hatte und dem sein Spiel damals nur durch unsere raschen und entscheidenden Siege bei Weißenburg, Wörth u. d. d. verdorben ward.

Sollen wir darum für unser junges Reich fürchten? Gewiß nicht! Aber eine ernste Mahnung muß es für uns sein, daß wir nicht durch innere Zwistigkeiten dem äußern Gegner Hoffnungen erwecken, die, wenn auch trügerisch, immerhin ihn zu Unternehmungen ermutigen könnten, welche, wo nichts weiter, doch neue un-

liebame Störungen des kaum wieder langsam erstarrenden Vertrauens auf einen gesicherten Friedensstand in Europa hervorbringen möchten.

Die grundsätzlichen Feinde des Reiches im Innern — Ultramontane und Socialdemokraten — werden ihren Haß gegen dasselbe schwerlich aufgeben. Um so mehr sollten alle die Parteien, welche principiell auf dem Boden des Reiches stehen, sonstige politische Meinungsverschiedenheiten zurücktreten lassen und vor allem das Eine jetzt ins Auge fassen, die Stärkung und Unterstützung der Reichsgewalt im Interesse des Wohles und der Sicherheit Deutschlands nach innen und außen.

Um auf den nächsten Gegenstand unserer rückschauenden Betrachtungen, das Socialistengesetz, nochmals zurückzukommen, so hat Fürst Bismarck in seiner Schlußrede für sich und die verbündeten Regierungen die Garantie wegen einer Ausführung desselben im rechten Geist — zugleich der Mäßigung und der Energie — übernommen. Auf diese Garantie wollen wir bauen. Zugleich aber möge der ganze ordnungsliebende Theil der Nation sich von neuem in dem Entschluß bestärken, auch von sich aus alles zu thun, um die staats- und gesellschaftsfeindliche Socialdemokratie werthtätig zu bekämpfen, um durch humane Bestrebungen aller Art die Klust, welche jene zwischen den arbeitenden Klassen und dem Bürgerthum aufzurichten bemüht war, auszufüllen und so auch nach dieser Seite, soweit möglich, an Stelle des Zwiespaltes Einigkeit zu schaffen.

Daß die Pforte alles thut, um die Ausführung des Berliner Vertrages zu hemmen oder zu verzögern, wenig oder nichts, um sie zu fördern, ist eine unbestrittene Thatsache. Wenn daraus nicht noch größere Verwickelungen entstehen, als der Fall ist, so kann man sehr zufrieden sein. Einigermassen beruhigend, wenn auch etwas optimistisch, lautet, was in diesen Tagen in einer jener üblichen halb-officiellen Tischreden der englische Schatzkanzler von der „befriedigenden“ Ausführung des Berliner Friedens sagte. Jedenfalls ist dadurch widerlegt, was gerüchweise von einer Rückkehr der englischen Flotte in die Nähe Konstantinopels zum Schutze dieser Stadt gegen einen Handstreich der Russen verlautete.

Mit den Kretensern allerdings ist neuerlich ein Abkommen getroffen (das wir unten mittheilen), betreffs vorzunehmender Reformen in Asien sollen dem englischen Cabinet ebenfalls Verpflichtungen gemacht worden sein, deren Werth freilich nach freihern Erfahrungen ein sehr problematischer ist. Allein zur Befriedigung Montenegros und Griechenlands ist noch immer nichts geschehen, und mit Oesterreich hat die Pforte durch ihre provocatorischen Noten sich nahezu in einen Zustand offener Feindseligkeit gesetzt.

Die rumänischen Kammern haben dem Vertrage wegen Bessarabien ihre Zustimmung gegeben und sind sodann geschlossen worden.

Die verworrenen innern Verhältnisse Aegyptens sind einer Lösung insofern näher gebracht, als mit Bewilligung des Khedive die sogenannte europäische Commission zur Regelung derselben nunmehr ins Leben getreten ist. England und Frankreich sind darin wirksam repräsentirt; daß Italien es nicht gleichermaßen ist, scheint dort unangenehm empfunden zu werden.

In Frankreich naht das Ende der Weltausstellung heran und die dabei bevorstehenden Festlichkeiten nehmen bereits die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Inzwischen deuten manche Anzeichen darauf hin, daß auch dort die socialistische Umsturzpartei sich wieder regt.

Die Ministerkrise in Oesterreich-Ungarn ist noch nicht beendet. Vorderhand führen das dies- und das jenseitige Ministerium die Geschäfte noch fort. Graf Andrassy wird in kurzer Zeit vor den Delegationen seine Orientpolitik zu rechtfertigen haben, und von dem Erfolge, womit er dies thut, wird sein Verbleiben im Amte abhängen.

Es verlautet von einer neuen Verlängerung des österreichisch-deutschen Handelsvertrages, die entweder von Wien oder (wie anderere sagen) von Berlin aus angeregt worden wäre. Das Gerücht bedarf der Bestätigung.

Auch in Italien ist eine partielle Ministerkrise ausgebrochen; drei Minister: Corti (bekannt vom Berliner Congreß her), Bruzzo und Brocchelli, haben ihre Dimission gegeben, wie man glaubt, infolge von Meinungsverschiedenheiten im Cabinet wegen des Verhaltens gegenüber den Bewegungen zu Gunsten der Italia irredenta.

Die dritte Berathung des Socialistengesetzes im Reichstage.

○ Berlin, 19. Oct. Am Bundesrathstische: Stellvertreter des Reichskanzlers Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Graf Otto von Stolberg-Wernigerode, Reichskanzleramtspräsident Staatsminister Hofmann, Präsident des Reichs-Justizamts Staatssecretär Dr. Friedberg, königlich preussischer Minister des Innern Graf zu Eulenburg, die königlich bairi-

schen u. v. Abf. v. Braun Bundes Da Der Pr um 10 Ein Fortsetz gegen d demokra saften Ob Annahm Berbot net, nin Abg Der ueberzeu Aitentat das Gese soch ince auch nich den notor los seher gestrigen werden u brochen.) walt; wo in Berlin Locale de ter Mitte mittelbar es herrs für die 4 Deiterkeit Gründe nicht not Tengel-A gegenüber Beherrsch sei, Strei Im Aufsch löshen Verfamun walt eing ferung ge eine reime vollsten G hliche in polizeilich gebracht u haufe hab thung im Die Abstimm Die Besf statt. Der drückung. war belar Aufschluß weitere P dieser P die nation Lesung v Bestimmu Druckf oder Comm oder Gesell öffentlicher rangslassf verbieten. Bei pe auf das dieses Ge s. 7. behörde, schriften d die Druckf tung eine schrift rich Das B Weise belat biet wirks Als s. Verbot ein geber, das schrift auch diese Verjon mit Grilnd Gegen Herausgeb Die B stellung de dieselbe er Die B Als s. selben betr der Berbre Beschlagna neuen Pl im engeren Beschlagna lichen. D und Forme ist, unbraun Die Bes Als s. fältigung b eines Berb Beschlag ge

schon und sächsischen Justizminister Dr. v. Häufige und v. Abelen, Geheimrätke Ittenbach, Dehlschlager und v. Brauchitsch und viele andere Bevollmächtigte zum Bundesrat.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen überfüllt. Der Präsident Dr. v. Fordenbeck eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie auf Grund der in zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ohne Discussion gelangen die §§. 3 und 4 zur Annahme. Zu §. 5, welcher die Auflösung, resp. das Verbot socialdemokratischer u. Versammlungen anordnet, nimmt das Wort

Abg. Bebel:

Der Abg. Koster habe gestern erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung die Socialdemokratie nicht für das zweite Attentat verantwortlich zu machen sei; wenn er dennoch für das Gesetz und insbesondere für §. 5 stimme, so sei er einfach inconsequent und könne diesen logischen salto mortale auch nicht damit entschuldigen, daß er Staat und Gesellschaft den notorisch vorhandenen Gefahren gegenüber nicht waffenlos sehen wolle. (Die Entgegnung des Redners auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Frhrn. v. Schorlemer werden vom Präsidenten als nicht zur Sache gehörig unterbrochen.) §. 5 gebe der Polizei eine ganz schrankenlose Gewalt; was das heiße, habe er erst vor wenigen Tagen hier in Berlin selbst erfahren. Eine Versammlung in einem Locale der Belle-Alliance-Straße wurde, obwohl ein breiter Mittelgang vorhanden war, vom Polizeicommissar unmittelbar nach der Eröffnung mit der Angabe aufgelöst, es herrsche im Saale eine derartige Wärme, daß man für die Gesundheit der Anwesenden fürchten müsse. (Große Heiterkeit.) Solche Auflösungen aus sanitätspolizeilichen Gründen möchte man sich noch gefallen lassen, wenn es nicht notorisch wäre, daß diese Rücksichten den Berliner Einzel-Tangels, wie auch z. B. dem Circus Salamonski gegenüber unbeachtet blieben. Ferner sehe es sehr, daß das Benehmen der Polizeimannschaften geradezu darauf angelegt sei, Streit und Unruhe in Versammlungen zu provociren. Im Laufe des Sommers hätten sich die Versammlungsaufhebungen förmlich gegigt; Redner erinnert vor allem an die Versammlung in den Zelten, wo die Polizei fast mit Gewalt eingedrungen wäre. Der instinctive Haß der Bevölkerung gegen die Polizei rühre daher, daß dieselbe sich als eine reine Verhöhnungsbehörde des Publikums gerire, im vollsten Gegensatz zur englischen Polizei, bei der die preussische in die Schule zu gehen hätte. In England würden polizeiliche Uebergriffe sofort im Parlament zur Sprache gebracht und streng geahndet, im preussischen Abgeordnetenhaus habe man eine dahin gehende Petition als zur Beratung im Plenum nicht geeignet erachtet.

Die Discussion wird geschlossen und §. 5 bei der Abstimmung unverändert angenommen, ebenso §. 5a: Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Der §. 6, welcher von dem Verbote resp. Unterdrückung socialdemokratischer u. Druckschriften handelt, war bekanntlich in der zweiten Lesung gefallen und im Anschluß daran die §§. 7—10 inclusive, welche die weitere Ausführung des §. 6 betreffen. An Stelle dieser Punkte beantragen die beiden conservativen und die national-liberale Partei (nach dem vor der dritten Lesung vereinbarten Compromiß), als §. 6 folgende Bestimmung einzuschalten:

Druckschriften, in welchen socialdemokratische, socialistische oder communistiche auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§. 7. Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirkes, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der fernern Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in der im §. 2, Absatz 2, vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen und ist für das ganze Bundesgebiet wirksam.

Als §. 8. Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder dem Herausgeber, das Verbot einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekannt zu machen.

Gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber, sowie dem Verfasser die Beschwerde (§. 19) zu. Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Als §. 9. Auf Grund des Verbotes sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Verwirklichung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des Letztern zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt. Als §. 10. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im §. 6 bezeichneten Art sowie die zu ihrer Verwirklichung dienenden Platten und Formen schon vor Erlass eines Verbotes vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb 24 Stunden

der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

Zu §. 6 nimmt zunächst das Wort Abg. Dr. Zimmermann:

Derselbe begründet seine und der Fortschrittspartei Gegnerschaft gegen §. 6 damit, daß letzterer lediglich Symptome beseitigen wolle, aber das Uebel an seiner Wurzel fortwuchern lasse. Unter größter Unruhe des Hauses führt der Redner in großer Breite an der Hand der französischen Gesetzgebung aus, daß auch Frankreich es mit Ausnahmegeetzen versucht, damit aber nur das Uebel verschlimmert habe. Ähnliche böse Folgen befürchtet der Redner auch von diesem Gesetze. Sehr viel Schaden richte die Nichtachtung der Gesetze an, die sich in Kreise erstreckt, in die sie eigentlich nicht reichen sollte, z. B. die Stellung der Staatsbehörden zur Civilsehe. (Rufe: §. 6! Zur Sache!) Wenn so etwas geschehe, könne auch in den untern Klassen die Autorität des Gesetzes nicht bestehen, weil damit der Rechtsstaat negirt werde. Dann finde die Socialdemokratie günstigen Boden.

Die weitem Ausführungen des Redners gehen unter der steigenden Unruhe des Hauses verloren. Aus einer Bezugnahme des Redners auf die angeblich mildere Gesetzgebung Englands nimmt Bundesbevollmächtigter Staatssecretär Dr. Friedberg Anlaß, an der Hand der englischen Gesetze das Unzutreffende dieser Behauptung darzulegen, sowohl in Bezug auf die Gesetze von 1795 wie von 1819, wo in beiden Fällen die Habeas-Corpus-Acte suspendirt worden ist.

Abg. Reichensperger-Olpe polemisiert gegen die gestrigen von Abg. v. Kardorff gemachte Aeußerung, das Centrum verleihe seine eigenen Interessen durch die Gegnerschaft gegen dieses Gesetz. Redner weist den Vorwurf zurück, der darin liegt, und ist bereit, für die Wiederherstellung des innern Friedens Opfer zu bringen, aber nie könne man das eigene Gewissen und die Rechte anderer Staatsbürger aufgeben. Frn. Koster müsse er erwidern, es handle sich hier nicht um ein Specialgesetz, sondern um ein Ausnahmegesetz der schlimmsten Art.

Abg. Windthorst:

Er wisse sehr wohl, daß man hier vor dem fait accompli eines Compromisses stehe, dem sich nichts mehr abringen lasse. Lediglich von diesem Bewußtsein geleitet und um die Debatte nicht zu verschleppen, sehe das Centrum davon ab, seine in zweiter Lesung abgelehnten Anträge wieder aufzunehmen. Nur das Eine wolle er Frn. v. Kardorff noch sagen, daß das Centrum einzig sei in sich und aus den Debatten neue Kraft erhalten werde. Unfrieden im Centrum zu stiften, werde nie gelingen.

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Kardorff dem Vorkredner, er habe nicht die Absicht gehabt, Unfrieden in die Centrumsfraction zu säen, wie Fr. Windthorst andeute, sondern nur eine Thatsache constatirt.

§. 6 wird angenommen, desgleichen ohne Debatte die §§. 7, 8 und 9.

Zu §. 10 in der vom Abg. Adermann und Genossen vorgeschlagenen Fassung, welcher von der Beschlagnahme des Satzes und der Platten zu socialistischen Druckschriften handelt, nimmt Abg. Sonnemann das Wort:

Er findet es unerhört, eine polizeiliche Consecration gesetzlich wieder einzuführen, und fürchtet Anstrengungen der Polizei, da er an eine loyale Ausführung des Gesetzes durchaus nicht glaube. Schließlich bittet er das Haus, diesen Paragraphen zu streichen, da er der oböseste der ganzen Vorlage sei.

Hierauf wird §. 10 angenommen. Sodann gelangen §§. 11—15 inclusive ohne Debatte zur Annahme, desgleichen §. 16 in der von den Majoritätsparteien beantragten Fassung:

Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im §. 1, Absatz 2, bezeichneten Bestrebungen zum Geschäft machen, kann im Falle einer Verurteilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§. 12—15 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltortes erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Betheiligten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde ver sagt werden, jedoch in seinem Wohnort nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten innehat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

Ferner die §§. 16a, 17 und 18.

Zu §. 19, welcher nach dem Compromißantrage lautet:

Zur Entscheidung der in den Fällen der §§. 4, 8 erhobenen Beschwerden wird eine Commission gebildet. Der Bundesrath wählt vier Mitglieder aus seiner Mitte und fünf aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reiches oder der einzelnen Bundesstaaten. Die Wahl dieser fünf Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens in richterlichem Amt. Der Kaiser ernennet den Vorsitzenden und aus der Zahl der Mitglieder der Commission dessen Stellvertreter — nimmt Abg. Hauck (Centrum) das Wort, da er diese Recursinstanz nicht für geeignet hält zu unparteiischer Entscheidung, und bittet das Haus noch in letzter Stunde um Ablehnung dieses Paragraphen.

Dieser Paragraph sowie die folgenden 20—22 inclusive werden ohne jede Debatte angenommen.

Nach §. 22 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Hierauf werden auf Antrag des Referenten Abg. Dr. v. Schwarze die zu dem Gesetz eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt.

Der Präsident schlägt vor, zur Abstimmung über das gesammte Gesetz die nächste Plenarsitzung auf heute Nachmittag 2 Uhr anzuberaumen, welcher Vorschlag vom Hause acceptirt wird. Die Abg. Frhr. v. Frandenstein, v. Seydewitz und Dr. Lucius haben eine namentliche Abstimmung beantragt.

Um 2 1/4 Uhr eröffnet Präsident Dr. v. Fordenbeck die Sitzung wieder.

Am Bundesrathstische erscheint der Reichskanzler Fürst v. Bismarck mit zahlreichen Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Die Abgeordneten sind fast vollständig anwesend, die Tribüne sowohl für die Diplomaten und andere Personen von Distinction als für die Zuhörer sind überfüllt.

Es erfolgt die Schlussabstimmung über das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

An der Abstimmung theilnahmen sich 370 Abgeordnete. Dafür stimmen 221, dagegen 149 Abgeordnete.

Das Gesetz ist also mit einer Majorität von 72 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Abgeordneten:

- Adermann, v. Alten-Linden, Graf v. Arnim-Boitzenburg, Dr. Bähr-Kassel, Bär-Offenburg, v. Bärensprung, Dr. Bamberger, v. Batodi, Bauer, Dr. Baumgarten, Becker, v. Behr-Schmolbow, Graf v. Behr-Dehnenhoff, v. Below, v. Benda, v. Bennigsen, Berger, v. Bernuth, Dr. Bessler, v. Bethmann-Hollweg-Oberbarnim, v. Bethmann-Hollweg-Wirß, Graf Bethusy-Suc, Bieler, Graf v. Bismarck, Dr. Blum, v. Bodum-Dolfs, Bode, Dr. Bötticher, Bolza, v. Bonin, Dr. Boretius, v. Braun, Dr. Braun-Blagau, Braun-Hersfeld, v. Brebow, Dr. Bröning, Frhr. v. Eudenberg, Büsing, Dr. Buhl, Dr. v. Bunsen, v. Bussé, Karl Fürst zu Carolath, Clauswitz, v. Colmar, v. Cranach, Dr. v. Cuny, Dr. Delbrück, Dernburg, v. Dewitz, Diege, Graf v. Dohna-Hindenstein, ten Doornkaat-Roosmann, Dr. Dreyer, Frhr. v. Ende, Dr. Fall, Dr. v. Feder, Feustel, Findeisen, Graf v. Flemming, v. Flottwell, Flügge, Dr. v. Fordenbeck, Forstel, Graf v. Franckenberg, Dr. Frege, Dr. Friedenthal, Dr. Gareis, v. Gerlach, Gerwig, v. Gese, Dr. Gneiß, Grö, v. Gordon, v. Gosler, Dr. v. Grävenitz, Dr. Groß, Gröhner, Günther-Sachsen, Hall, Dr. Gammacher, Dr. Gartner, Fürst v. Geyers-Trachenberg, Heilig, v. Heim, v. Hellendorff-Debra, v. Hellendorff-Kunstedt, Hill, v. Hölzer, Fürst v. Hohenlohe-Schillingensfürst, Graf Holstein, Holzmann, Jäger-Nordhausen, Dr. Jäger-Reuß, v. Jagom, Jordan, v. Kardorff, Kay, Kiefer, Klein, v. Kleiß-Rothom, Graf Kleiß-Schmenzin, Dr. Klugmann, v. Knapp, v. Knobloch, Knock, Kraft, Kreuz, Kungen, Landmann, Raport, Dr. Koster, Kony, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Leveque, List, Dr. Löwe, Dr. Lucius, v. Lüderich, Lüders, Graf Lurgard, Frhr. v. Ralshahn-Gilly, Frhr. v. Rantassell, Marcour, Dr. Marquardsen, Frhr. v. Marschall, Martin, Raier-Lippe, Meibed, Metz, Frhr. v. Minnigerode, Frhr. v. Mirbach, Mülling, Graf v. Mollte, Moske, Müller-Gottha, Dr. Müller-Sangerhausen, v. Neumann, Nitsche, Oetzelhäuser, Dr. Oetzer, v. b. Osten, Frhr. v. Oxfeldenshast, Pabst, Dr. Peterffen, Pfähler, Fürst v. Pleß, Graf v. Pleßen, v. Puttkamer-Fraustadt, v. Puttkamer-Löwenberg, v. Puttkamer-Löbden, v. Puttkamer-Schlave, Frhr. Nordst zur Rabenau, Herzog v. Ratibor, v. Ravenstein, v. Reben, Reich, Reinecke, Reinhardt, Dr. Renzsch, Richter-Kattowitz, Richter-Reichen, Ridert-Danzig, Graf v. Rittberg, Römer-Hildeheim, Römer-Wärtemberg, Dr. Roggemann, Dr. Rüdert-Weimingen, Saro, Dr. v. Schaaf, v. Scheud-Flechtingen, v. Scheud-Kaweczyn, Dr. v. Schliekmann, Schlieper, Dr. Schmalz, v. Schmid-Wärtemberg, Schmidt-Zweibrücken, Schmiedel, Schön, v. Schöning, Dr. Schröder-Friedberg, Dr. v. Schulte, Dr. v. Schwarze, v. Schwendler, v. Seydewitz, v. Simpson-Georgenburg, Dr. Sommer, Starlin, Staudy, Frhr. Schenk v. Stauffenberg, Stegemann, Steller, Dr. Stephani, Theodor Graf zu Stolberg-Bernigerode, Udo Graf zu Stolberg-Bernigerode, Struwe, Stamm, Süß, Schlutow, Frhr. v. Tettau, Dr. Thilenius, Thilo, Trautmann, Dr. v. Treitschke, Ulden, v. Unruh-Magdeburg, v. Unruh-Womß, Frhr. v. Barnhäler, Dr. Bött, Vogel, Wawinkel, Dr. Wachs, v. Walbow-Reichenstein, v. Wedell-Malchow, Dr. Wehrprentz, Dr. Weigel, Werner-Rognitz, Werner-Eplingen, Wichmann, Dr. Witte-Mecklenburg, Witte-Schweidnitz, v. Wöbde, Dr. Wolffsohn, Dr. Zinn.

Dagegen stimmten die Abgeordneten:

- v. Acheelsen, Arlinger, Frhr. v. Arstin-Mertissen, v. Arnswaldt, Graf Ballestrem, Bebel, Bender, Bernards, Graf v. Bernstorff, Berganson, Graf v. Biffingen-Rippenburg, Dr. Bod, Frhr. v. Bodmann, v. Bönninghausen, Borowka, Brack, Frhr. von und zu Brenken, Brück, Dr. Brüll, v. Bühler-Dehringen, Bürgers, Bürtzen, Graf v. Chamark, v. Charlinski, Frhr. v. Dalwigk-Lichtenfels, Dahl, Dieden, Esoldt, v. Forcade de Biaix, Frhr. zu Frandenstein, Franßen, Dr. Franz, Freytag, Frische, Frhr. v. Führt, Graf v. Fugger-Richberg, Graf v. Galen, v. Grand-Ry, Graf v. Grote, Grütering, Dr. Günther, Guerber, Daaner, Dr. Hänel, Harle, Frhr. v. Hasenbrühl, Frhr. v. Hallett, Hamm, Hasselmann, Hauck, Frhr. v. Heereman, Hermes, Herlein, Hoffmann, Graf v. Hompesch, Horn, Frhr. v. Horned-Weinheim, Dr. v. Jazdowski, Kahlé, v. Kallstein, v. Kehler, v. Kessler, Klotz, Kochann, Dr. v. Komierowski, Kopper, Dr. Kräper, Krüger, v. Kuratowski, Graf v. Kwidled, Frhr. v. Landsberg-Steinfurt, Lang, Lender, v. Lentze, Leonhard, Dr. Lieber, Liebnecht, D. Pingens, Pöwe-Berlin, Magdyinski, D. Raier-Hohenjollern, Dr. Rajunke, Dr. Mayer-Donaubürt, Dr. Mendel,

*) Fürst v. Hohenlohe-Langenburg (der zweite Vizepräsident), der auch anwesend war und für das Gesetz stimmte, ist durch ein Versehen, welches nachträglich berichtigt ward, in obiger Abstimmungsliste ausgelassen. D. Red.

Wentken, Dr. Mertke, Dr. Meyer-Schleswig, Michaeli v. Müller-Beitheim, Dr. Ronsang, v. Müller-Denabrild, Müller-Pfaff, Dr. v. Niegolewski, Dr. Nieper, Frhr. v. Omlaubsbut, Dr. Berger, Frhr. v. Pfetten, Dr. Pohlmann, Graf v. Prachma, Graf v. Preising, Fürst Radziwill, Prinz Radziwill, beide Reichensperger, Richter-Pagen, Dr. Rudolphi, Ruffmann, v. Sauten-Tarputtschen, Graf v. Saurma-Jelsch, Dr. Schaffrath, v. Schallscha, Schenk-Röhl, Schmitt-Battiston, Schneegans, Graf Schönborn-Wiesentheid, Frhr. v. Schorlemer-Alst, Schröder-Lippstadt, Dr. Schulze-Delbisch, Schwarz, v. Szaniacki, Senefrey, Graf v. Sierakowski, Dr. Simonis, Frhr. v. Soden, Sonnemann, Dr. Stöckl, Graf Stolberg-Stolberg-Neustadt, Strecker, Streit, Triller, v. Tarno, Dr. v. Wänter, Frhr. v. Wendt, Dr. Westermayer, Wiemer, beide Wippers, Windthorst, Winterer, Wöllmer, Wulfschein, Dr. Zimmermann, Graf Zoltowski, Frhr. v. Zu-Rhein.

Es haben also mit Ja, für das Gesetz, beide conservative Gruppen, die National-Liberalen ohne Ausnahme, von der Fortschrittspartei, resp. deren Hospitanten, die Abg. Baumgarten, Hils und Müller-Gotha gestimmt, mit Nein, also gegen das Gesetz, das Centrum, die Fortschrittspartei (mit den genannten Ausnahmen), die Polen, Socialdemokraten, Elsässer (soweit dieselben sich beteiligten) und der Abg. v. Böhler-Dehringen.

Das Wort zur Geschäftsordnung erhält hierauf der Abg. v. Bonin:

In meiner Eigenschaft als ältestes Mitglied des Hauses erlaube ich mir, Ihnen den Vorschlag zu machen, am Schlusse der ersten Session einer neuen Legislaturperiode dem Herrn Präsidenten unsern Dank auszusprechen für die umsichtige Leitung der diesmal so schwierigen Geschäfte. Zum Zeichen dieses Dankes, der auch den Vizepräsidenten und Schriftführern gilt, erlaube ich Sie, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Allseitige Zustimmung; die Mitglieder erheben sich.)

Präsident Dr. v. Fordenbeck dankt in seinem und des Gesamtvorstandes Namen für diesen Beweis des Vertrauens und der Anerkennung.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Meine Herren! Ich habe die Ehre, dem Reichstage eine kaiserliche Botschaft mitzutheilen (das Haus erhebt sich); dieselbe lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß wir unsern Reichskanzler, Fürsten v. Bismarck, ermächtigt haben, gemäß Art. 20 der Reichsverfassung die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages in unserm und der verbündeten Regierungen Namen am 19. Oct. zu schließen. Urkundlich unter unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insignel.

Gegeben im Neuen Palais bei Potsdam, 19. Oct. 1878.

Im allerhöchsten Auftrage Sr. Maj. des Kaisers: Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

(Gegenes.) Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck.“

Meine Herren, die Botschaft ist nun verlesen. Wenn Sie mir gefallend wollen, am Schlusse der Sitzungen noch einige Worte zu Ihnen zu reden, so ist es vorzugsweise, um den Gefühlen der Befriedigung Ausdruck zu geben, mit welchen die verbündeten Regierungen die Thatsache begrüßen, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche am Anfang unserer Sitzungen das Schicksal Ihrer Vorlage im Ganzen oder doch in den wesentlichsten Theilen zu bedrohen schienen, auf dem Wege gütlicher Verständigung der Beteiligten ihre Erledigung gefunden haben, sobald ich mich nach der heutigen Abstimmung und vermöge der vertraulichen Besprechungen, welche wir im Bundesrathe in den letzten Tagen gehabt haben, in der Lage befinde, voraussehen zu können, daß Ihr heutiger Beschluß im Bundesrathe einstimmige Zustimmung finden wird. Ich will damit nicht sagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in Ihre Hand legen, vollständig ausreichen werden, um die Zwecke, zu deren Erreichung das Gesetz eingebracht worden ist, überall zu erreichen (Hört, hört! In's), sondern nur, daß alle Regierungen entschlossen sind, den aufrichtigen Versuch zu machen, mit den Mitteln, welche dieses Gesetz ihnen gewähren wird, die Krankheit zu heilen, von der unser Gemeinwesen ergriffen ist. Sollte die Erfahrung den Nachweis liefern, daß dies nicht in dem vollsten Maße und ausreichend der Fall ist, so werden die verbündeten Regierungen in der Lage sein, sich wiederum vertrauensvoll an Ihre Unterstützung zu wenden, um da nachzuhelfen, wo die jetzigen Mittel nach der Ansicht der Regierungen nicht ausreichen sollten. Sie werden dies thun, sei es auf dem Wege der Reform unserer allgemeinen Gesetzgebung, was das Erwünschteste wäre, sei es durch Verwollständigung des soeben votirten Gesetzes. Das letztere wird ja voraussichtlich ohne Zweifel der Fall sein in Bezug auf die Zeitdauer für welche das Gesetz gegeben ist, denn niemand kann sich der Hoffnung hingeben, daß die Heilung der Schäden, die wir hiermit beginnen, in dritthalb Jahren vollendet sein wird. Die verbündeten Regierungen schöpfen aber aus dem Verlaufe dieser Sitzungen die Zuversicht, daß auch dann, nachdem sie durch loyale Ausführung des Gesetzes das Vertrauen des Reichstages gerechtfertigt haben, die Hülfe des Beistand und die Mitwirkung des Reichstages im Maße des Bedürfnisses ihnen nicht fehlen wird. In diesem Vertrauen, meine Herren, bleibt mir nur noch übrig, die formale Aufgabe, welche mir die allerhöchste Botschaft erteilt, zu vollziehen, und erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen und Sr. Maj. des Kaisers die Sitzungen des Reichstages hiermit für geschlossen.

Präsident Dr. v. Fordenbeck:

Wir aber, meine Herren, schließen unsere Geschäfte, wie stets und immer, mit dem Rufe, mit dem wir sie begonnen haben, mit dem Rufe der Treue, Ehrerbietung und Ergebenheit: Se. Maj. der Deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch — hoch — und abermals hoch. (Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein. Die Socialdemokraten hatten nach der Rede des Reichskanzlers den Saal verlassen.) Ich schließe die Sitzung.

Seit dem 9. Sept. haben 17 Plenarsitzungen, 50 Abtheilungssitzungen und 32 Commissionssitzungen stattgefunden. Von den verbündeten Regierungen, be-

ziehentlich dem Reichskanzler, sind folgende Vorlagen gemacht: ein Gesetzentwurf, eine Uebersicht der vom Bundesrathe gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstages, ein Schreiben betreffend die Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Verleibung des Reichstages; seitens Mitglieder des Reichstages eine Interpellation und drei Anträge. Die Interpellation wurde seitens des Bundesrathes beantwortet, zwei Anträge wurden angenommen, einer ist erledigt. Eingegangen sind 187 Petitionen, von denen 133 der Petitionscommission, 54 der Commission zur Vorberatung des Socialistengesetzes überwiesen wurden. Es wurden Wahlen geprüft und für gültig erklärt 359, davon gingen 18 wegen nachträglicher Proteste an die Wahlprüfungscommission. Im Plenum wurden hiervon 9 für gültig erklärt, es ergaben sich gültige Wahlen 350. Noch zu prüfen sind 47 und zwar 45 in der Wahlprüfungscommission und 2 in den Abtheilungen. Gegenwärtig ist ein Mandat erledigt.

Deutsches Reich.

Die National-Zeitung schreibt aus Berlin vom 19. Oct.: „In der Stadt war heute Nachmittag vielfach das Gerücht verbreitet, daß in der Reise des Kaisers veränderte Dispositionen beschloffen worden und die Ankunft des Monarchen sogar schon unmittelbar bevorstehe. Nach den uns zugehenden Informationen glauben wir versichern zu dürfen, daß eine Aenderung in den Reise-Dispositionen Sr. Maj. des Kaisers bisher nicht eingetreten ist, und daß danach das Eintreffen des Kaisers vor dem Anfang des Monats December nicht zu erwarten steht.“

Berlin, 19. Oct. Die vorletzte Sitzung des Reichstages litt sichtlich unter allgemeiner Ermüdung. Auch die oppositionellen Parteien fanden an dem Spiel der vorangegangenen Tage kein Gefallen mehr. Hr. Windthorst erklärte ausdrücklich, daß seine Partei angesichts des Compromisses der Conservativen und National-Liberalen die Stellung weiterer Anträge als nutzlos betrachte. Außer einem zwischen dem Abg. Zimmermann und dem Unterstaatssecretär Friedberg geführten Streite über die englische Gesetzgebung wurde das Haus noch einmal durch die Herren Nebel und Sonnemann in Anspruch genommen. Von den Freunden des Gesetzes sprach niemand. Die einzelnen Paragraphen wurden nach den Compromissanträgen, resp. den Beschlüssen zweiter Lesung, un verändert genehmigt, und dann das ganze Gesetz in einer nach anderthalbstündiger Pause folgenden Schlusssitzung mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten geschlossen die National Liberalen, die beiden conservativen Fractionen und von der Fortschrittspartei die Abg. Baumgarten, Hils und Müller-Gotha. Auf Anregung des Abg. v. Bonin drückte das Haus dem Präsidium seinen Dank aus. Darauf verlas Fürst Bismarck die kaiserliche Schlußbotschaft, woran er noch einige Bemerkungen über das beschlossene Gesetz knüpfte. Dann trennte sich das Haus unter dreimaligem begeisterten Hochruf aus den Kammern.

N.L.C. Berlin, 19. Oct. Die Kreuzzeitung erörtert die angeblich von den Conservativen gegenüber den „vielfach unglücklichen“ Beschlüssen der Socialistengesetzcommission erzielten Erfolge. Wir wollen jetzt nach abgeschlossener Sache mit dem deutschconservativen Blatte über die Richtigkeit seiner Aufstellungen nicht rechten. Bezüglich der Concessionen zu §. 20 (kleiner Belagerungszustand), auf welche die Kreuzzeitung ganz besonders Gewicht legt, sei nur bemerkt, daß dieselben von Hrn. v. Bennigsen in öffentlicher Sitzung schon lange vorher ausdrücklich angekündigt waren, bevor noch die Conservativen ihre betreffenden Wünsche formuliren konnten. Ueber eine der von der Kreuzzeitung für die Conservativen in Anspruch genommenen Verbesserungen aber ist eine kurze Bemerkung nicht ohne Interesse. Wir meinen die Bestimmung in §. 19, daß der Kaiser den Vorsitzenden der als Recursinstanz zu bildenden Commission frei ernennen kann, also nicht an die von dem Bundesrathe gewählten Mitglieder gebunden sein soll. Die national-liberale Partei konnte der in dieser Aenderung liegenden Stärkung der Stellung des Kaisers ihrer ganzen Richtung nach mit Vergnügen zustimmen; ob ebenso die Gesamtheit der deutschconservativen Partei, wird sich nach folgender Auslassung des Organs der sächsischen Nuance dieser Partei einigermaßen bezweifeln lassen. Die in Dresden erscheinende Neue Reichszeitung schreibt nämlich, nachdem sie der conservativen Concession zu §. 6 mit sauerfäher Miene beige stimmt hat:

Aber was sollen wir uns dabei denken, wenn §. 19, der gar nicht mehr in Frage stand, den Zusatz erhält, daß der Kaiser das Recht haben soll, ein zehntes Commissionsmitglied zu ernennen? Das wäre vom liberalen Standpunkte eine erhebliche Verschlechterung des Gesetzes, ohne daß daraus der Ausführung des Gesetzes irgendein erheblicher Nutzen erwachsen könnte. Wir wollen nicht gerade behaupten, daß diese Commission bei solcher Verhärtung des kaiserlichen Einflusses schon ein Reichsamt würde — in diesem Falle müßten wir den §. 19 für unannehmbar

halten —, aber wenn von zehn Mitgliedern drei vom Reichsoberhaupt ernannt werden, dann erscheint die Eigenschaft als Organ des Bundesrathes doch hinlänglich alterirt, um unsere Genugthuung über das nun gesicherte Zustandekommen des Gesetzes hart zu beeinträchtigen.

Die Neue Reichszeitung ist, wie man sieht, über die Zusammensetzung der Recursinstanz in einem Irrthum befangen; daß das Reichsoberhaupt drei Mitglieder der Commission ernenne, steht nirgends geschrieben. Trotzdem erhebt aus dem Vorstehenden auf jeden Fall, daß die Conservativen mit der „Errungenschaft“ zu §. 19 zum mindesten bei den Gesinnungsgenossen des Dresdener Blattes nicht auf Dank zu rechnen haben.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger berichtet aus Berlin vom 19. Oct.: „Aus Olympia ist ein Telegramm eingegangen, welches den Beginn der diesjährigen Ausgrabungscampagne und zugleich ein wichtiges Fundamentresultat meldet, von dem die ersten Spatenstiche begleitet waren. Das Telegramm lautet: „Ausgrabungen Mittwoch, 16. Oct., begonnen. Nordwestlich von Deraion Fundament eines Baues von 20 Meter Frontbreite gefunden. Wahrscheinlich Prytanion.“

Die „Post“ schreibt: „In der Schweiz erwartet man das Erscheinen einer Schrift des Dr. Karl Marx über den Fürsten Bismarck, wozu der Verfasser den Auftrag von einem Vertrauten des Herzogs Ernst von Cumberland erhalten habe.“

Die amerikanische Blätter melden, hat der deutsche Consul auf den Schifferinseln, Dr. Weber, wegen angeblicher Verletzung des mit der Regierung dieser Inseln abgeschlossenen Vertrages mit Hülfe des Kriegsschiffes Ariadne unter dem Capitän v. Werner von der Insel Upolu Besitz ergriffen und Mitte Juli die deutsche Flagge im dortigen Hafen aufgehißt. Upolu ist eine der bedeutendsten der Samoainseln; sie hat 20000 Einwohner, ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Inselgruppe der Schifferinseln. Die amerikanische Blätter bemerken zu dieser Nachricht: „Es heißt zwar in dem Bericht, daß der deutsche Consul nur „bis auf weiteres“ von der Insel Besitz ergriffen habe, doch unterliegt es wol keinem Zweifel, daß die Deutschen sich auf Upolu gerade so festsetzen werden wie die Amerikaner in Pago-Pago. Theils wegen des regen Verkehrs, den deutsche (hamburger) Riederfirmen mit den Samoanern unterhalten, theils als Kohlenstation für die im Großen Ocean kreuzenden deutschen Kriegsschiffe würde der Besitz der genannten Insel für Deutschland von großem Werth sein.“

Wie man der Kölnischen Zeitung aus Berlin schreibt, hat man diese Besetzung in Reichstagskreisen mit dem Socialistengesetz in Zusammenhang bringen wollen. Von conservativer Seite wollte man gar schon wissen, die Regierung gehe mit dem Gedanken um, seinerzeit eine Ergänzung des Gesetzes zu verlangen, kraft deren zu längeren Freiheitsstrafen verurtheilte Socialdemokraten außer Landes in Haft gehalten, d. h. nach jener Insel transportirt werden könnten.

Dagegen schreibt man der Weser-Zeitung aus Berlin: „Die Nachricht, daß eine dauernde Besitzergreifung der Samoainsel Upolu deutscherseits beabsichtigt sei, oder gar die seltsame Unterstellung, daß diese Expedition in naher Verbindung mit der Socialistenfrage stehe, indem dort eine Strafcolonie errichtet werden solle, bedarf natürlich keines Wortes der Widerlegung. Die Insel ist allerdings von einem deutschen Kriegsschiffe angefahren worden, aber nur, um die Befriedigung der von Deutschen erhobenen Schadensansprüche zu erlangen.“

Aus Kiel vom 18. Oct. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Seit einigen Tagen hat vor dem hiesigen, mit der Führung dieser Sache besonders beauftragten Marineoperationsauditoriat die Fortuntersuchung in Sachen des Unterganges des Großen Kurfürsten ihren Anfang genommen; nahezu 100 an der Katastrophe mehr oder minder beteiligte Personen sind vorgeladen, die der Nordsee-Station Wilhelmshaven angehörenden dürften bereits sämtlich hier eingetroffen sein.“

Ueber die nunmehr auf seinen Wunsch erfolgte Entlassung des Contreadmirals Werner (nach andern wäre derselbe nur zur Disposition gestellt) bemerkt die „Tribüne“: „Die jetzt erfolgte Genehmigung dieses Gesuches wird die öffentlichen Sympathien zu Gunsten des Ministers v. Stosch, fürchten wir, nicht vermehren. Vielleicht soll es dies auch gar nicht; denn bis jetzt ist uns von der zunächst dazu berufenen Seite noch kein Versuch begegnet, der sich dieser Aufgabe unterzogen hätte. Admiral Werner hat durch Wort und That — auch durch die That, wir erinnern an sein Auftreten in Spanien, an das Urtheil einer Sachverständigencommission über die Haltung des von ihm 1870 befehligten Kriegsschiffes — bewiesen, daß er ein Seemann ist, der Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hat. Die Gründe seines Entlassungsgesuches sind nur zu bekannt. Der Untergang eines unserer stolzesten Kriegsschiffe hat die Kritik über die Marineverhältnisse im allgemeinen in solchem Grade wach gerufen, daß der Vertreter des gegenwärtigen Systems zur

Verteidigung sich außerordentlich feiner Unter Admiral Werner folgende einzige bleibende Beendigung des unglücklichen Stillstand sein.“

Das Contreadmiral Werner belegen, bei einem Kauf in die früh zum 1. März eine trat folgende Kr 1849 gegen gegen Deste welchem Leh prinz comm volle Führung war bekannt die Franzosen huar 1875 Helld, war schaft er bis spanischen Namen dur Interessen war, nachb gerächt freig sich Werner unter ander Japan und „Die Schul Buch von „Seebilder“

— Aus B Auch von entgegengertr Beuß zum verstimmt h Andräffy un beiden Cabin vornherein im Widerst sein könne. urgenbeiner B die französisi Der W

17. Oct.: der Designir in Paris hie der Reichsreg darauf die g sein, daß n Beuß, wo n bemerken hal geizigen Gro doch vollstän noch immer rade schmeid hier denselbe trachtet.“

Die Sch ob man Wen werde (1) ausgefallen, ter habe an

— Das Be v. J. 20000 Armee eing sition noch v Ernennung v bemerkt beric men von die zugleich sehr Menschen zu Jahr eine so entspricht ienes Blatt völlerung sel theilung. mehr, der gleicher Zahl macht, die a daten sich ve rische Maßreg scheint uns — geradegar abge lechtfertig.“

— Genera dings eine W lassen, dahin Verhältnisse“

Verteidigung gedrängt wurde. Hr. v. Stosch hat sich außerdem veranlaßt gesehen, gegen eine Anzahl seiner Untergebenen, unter andern auch gegen den Admiral Berner, vorzugehen. Die erste sichtbare Folge dieses Gegenstandes liegt jetzt vor; daß es die einzige bleibt, ist nahezu unmöglich, doch wird bis zur Beendigung der kriegsgerichtlichen Untersuchung über das Unglück des Großen Kurfürsten ein zeitweiliger Stillstand in dem Fortgange der Krisis unvermeidlich sein.

Das Schleswig-Holsteinische Tageblatt schreibt: „Contreadmiral Reinhold Sigmund Heinrich Berner, geboren den 10. Mai 1825 in Weserlingen bei Gardelegen, Provinz Sachsen, wurde 1842 Seemann auf einem Rauffahrtsschiffe und trat am 24. April 1849 in die frühere deutsche Marine ein, in welcher er bis zum 1. Mai 1852 verblieb. In die preussische Marine trat er am 4. Sept. 1852 über. Er machte folgende Kriege mit: in der frühesten deutschen Marine 1849 gegen Dänemark, 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Oesterreich und 1870/71 gegen Frankreich, in welchem letztern er bekanntlich Sr. Maj. Schiff Kronprinz commandirte und allseitiges Lob für die muthvolle Führung dieses Schiffes erntete. Admiral Berner war bekanntlich der Einzige, welcher mit seinem Schiffe die Franzosen vor Helgoland aufsuchte. Am 1. Januar 1875, nach Verabschiedung des Contreadmirals Heldt, ward er Stationschef in Kiel, in welcher Eigenschaft er bis heute thätig war. Im Jahre 1873/74 commandirte Berner das deutsche Geschwader in den spanischen Gewässern, wo er sich seinen berühmten Namen durch sein energisches Wahren der deutschen Interessen erwarb, infolge dessen er auch Admiral ward, nachdem ihn das diesen Fall beurtheilende Kriegsgericht freigesprochen. Auch als Fachschriftsteller hat sich Berner einen großen Namen erworben. Er schrieb unter andern: „Die preussische Expedition nach China, Japan und Siam“ (2. Aufl., 2 Bde., Leipzig 1873), „Die Schule des Seewesens“ (Leipzig 1866), „Das Buch von der deutschen Flotte“ (Vielefeld 1874), „Seebilder“ (Vielefeld 1876).“

— Aus Berlin schreibt man der Weser-Zeitung: „Auch von officiöser Seite wird jetzt der Auffassung entgegengetreten, als ob die Ernennung des Grafen Beust zum österreichischen Votschaster in Paris hier verstimmt haben könne. Bei den zwischen dem Grafen Andrassy und dem Fürsten Bismarck wie zwischen den beiden Cabineten bestehenden Beziehungen war es von vornherein unzweifelhaft, daß diese Ernennung nicht im Widerspruch mit den hiesigen Wünschen erfolgt sein könne. Wenn die Ernennung des Grafen Beust irgendeiner Regierung unbecquem ist, so dürfte das nur die französische sein.“

Der Weser-Zeitung schreibt man ferner unterm 17. Oct.: „Wie ich höre, hat das wiener Cabinet vor der Designation des Grafen Beust zum Votschaster in Paris hier vertraulich angefragt, wie dieselbe von der Reichsregierung aufgefaßt werden würde. Es soll darauf die gleichfalls vertrauliche Mittheilung ergangen sein, daß man gegen eine Verwendung des Grafen Beust, wo nur dieselbe auch geschehen möge, nichts zu bemerken habe. Diese Erwiderung, welche für den ehrgeizigen Grafen, der trotz seines Greisenalters und des vollständigen Schiffsbruchs seiner politischen Ideen noch immer versucht, eine Rolle zu spielen, nicht gerade schmeichelhaft ist, läßt deutlich erkennen, daß man hier denselben als eine ganz abgethane „Größe“ betrachtet.“

Die Schlessische Presse hört gar, daß angefragt sei, ob man Beust als Votschaster für Berlin acceptiren werde (?). Die Auskunft wäre absolut verneinend ausgefallen, was leicht erklärlich, denn der Reichskanzler habe an einem Gontaut-Biron genug gehabt.

— Das Berliner Tageblatt meldete, daß am 1. Nov. v. J. 20000 Mann mehr als sonst in die deutsche Armee eingestellt werden, und zwar sei diese Disposition noch vor der öffentlichen Besprechung von Beust's Ernennung zum Votschaster in Paris erfolgt. Hierzu bemerkt berichtend die National-Zeitung: „Wir nehmen von dieser neuesten „Sensation“ nur Notiz, um zugleich sehr schwachnervige und sehr leichtgläubige Menschen zu beruhigen. Wenn in der That dieses Jahr eine größere Anzahl Rekruten eingestellt wird, so entspricht die Zahl von 20000 Rekruten, welche jenes Blatt ausrechnet, kaum dem Zuwachs der Bevölkerung seit der Herstellung der jetzigen Armeeeintheilung. Einer Einstellung von 20000 Rekruten mehr, der ja eine Entlassung auf Kriegsausruß in gleicher Zahl entsprechen würde, gegenüber einer Heeresmacht, die auf mehr wie anderthalb Millionen Soldaten sich veranschlagt, als eine alarmirende militärische Maßregel mit dunkeln Perspektiven anzukündigen, scheint uns — selbst die stricte Wahrheit unterstellt — geradezu abgeschmackt und jedenfalls im höchsten Grade lächerlich.“

— Generalpostmeister F. Stephan hat neuerdings eine Verfügung an die Oberpostdirectionen erlassen, dahin gehend, daß, sobald nicht ganz besondere Verhältnisse eine Ausnahme erheischen, bei den von

den genannten Behörden auszuführenden Bauten fortan lediglich deutsches Material verwendet werden soll. Zur ausnahmsweisen Verwendung ausländischen Materials in besonderen Fällen ist unter gehöriger Begründung die Genehmigung des Generalpostmeisters nachzusuchen.

— Aus Berlin vom 18. Oct. wird der Magdeburgerischen Zeitung berichtet: „Bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrages kann heute mit ziemlicher Bestimmtheit gemeldet werden, daß die Wahrscheinlichkeit der Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr erheblich näher gerückt ist. Es verlautet von unrichtiger Seite, daß der Verlängerungsantrag diesmal von hier ausgegangen ist und daß man einer Antwort noch entgegensteht.“

Dagegen schreibt die Vossische Zeitung: Es scheint, daß sich der Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen Erneuerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages auf neue Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben. Von Wien aus soll hier das Ersuchen gestellt worden sein, den Vertrag wiederum provisorisch auf sechs Monate, also bis zum 30. Juni 1879 zu verlängern. Obgleich diesem Verlangen die Mittheilung hinzugefügt worden sein soll, daß andernfalls am 1. Jan. 1879 auch gegen Deutschland der neue allgemeine Zolltarif in Kraft treten werde, scheint man doch hier dem österreichischen Verlangen gegenüber eine sehr große Zurückhaltung zu beobachten und die endliche Herstellung eines definitiven Zustandes zu wünschen.

Preußen. Auch der socialdemokratische Abg. Hr. Bebel hat, wie jüngst Hr. Dasselmann, Berlin vor seiner Abreise noch mit einem Vortrage in den Industriehallen beglückt. Die „Posta“ berichtet darüber:

Hr. Bebel, mit stürmischem Beifall begrüßt, äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Aus allen Werten, aus allen Zeitungen und Reden der Socialdemokratie gehe klar und deutlich hervor, daß die Socialdemokratie lediglich das heutige kapitalistische Productionssystem, d. h. also die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bekämpfe. Fort und fort betonen aber die Socialdemokraten, daß die Personen nur die Producte der jeweiligen Zeitverhältnisse sind und daß man folgerichtig Personen für die der augenblicklichen Zeitströmung entsprechenden Verhältnisse nicht verantwortlich machen könne. Niemand und wäre es selbst ein mit absoluter Machtvollkommenheit ausgestatteter Fürst könne mit Erfolg und auf die Dauer der allgemeinen menschlichen Culturentwicklung Hemmnisse in den Weg legen. Daß demgemäß die Beseitigung einer einzelnen nur der Menschheit zur Schande gereichen könne, ohne derselben auch nur den geringsten Nutzen zu leisten, sei klar. Wer der menschlichen Culturentwicklung Einhalt thun wolle, der kämpfe lediglich gegen Bindemittel. Dies sei der Standpunkt aller gebildeten und aller vernünftigen Leute und nur deshalb sei trotz aller Kriege und großer Unglücksfälle noch niemals das Leben des einzelnen so heilig gehalten worden als in unserm Zeitalter. Man sage: die Socialdemokratie sei wol nicht direct, aber doch indirect Schuld an den Attentaten. Nun, er frage: wie würde es denn Feudaladel gefallen, wenn man diesen verantwortlich machen wollte für alle diejenigen Mordthaten, die seine Ahnen nicht indirect, sondern ganz direct und systematisch beglügen. Wie würde es den Liberalen gefallen, wenn man sie für die Ermordung des Kolybaev, für die Attentate eines Tschek, eines Sefeloge, eines Oskar Beder, Cohn-Blind u. verantwortlich machen wollte. Zugegeben, die Hölle und Nobilität wären — und das Gegentheil sei bewiesen — Socialdemokraten gewesen, so würde das Attentatskonto der Socialdemokraten das allerkleinste sein. Die Attentate dienen auch bios als Vorwand, in Wirklichkeit handle es sich der immer größere Ausdehnung nehmenden Socialdemokratie Einhalt zu thun. Die Socialdemokratie sei ebenfalls aus den heutigen Zeitverhältnissen emporgewachsen, in Wahrheit ein Kind des Liberalismus, beziehentlich der mit Naturnothwendigkeit sich entwickelnden bürgerlichen Verhältnisse und ferner ein Kind der wissenschaftlichen Forschungen. Der Umstand, daß Deutschland ökonomisch fast am meisten entwickelt und infolge seiner früheren Decentralisation das Land der Schulen und Professoren sei, habe die große Ausbreitung der Socialdemokratie in Deutschland bewirkt. Allerdings gehe die Partei jetzt trüben Zeiten entgegen. Jedoch gesunde Ideen unterdrücke man nicht durch Ausnahmegesetze. Ueber kurz oder lang werden trotz aller Ausnahmegesetze die unterdrückten Ideen von neuem das Licht der Welt erblicken und dann als vollbrachte That in Fleisch und Blut des Volkes übergehen. (Stürmischer, lange anhaltender Beifall.) Beim Verlassen des Locals wurde Hr. Bebel ein dreifaches Hoch gebracht.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Audienz v. Schmerling's bei dem Kaiser Franz Joseph verlautet Folgendes. Der Casationshofspräsident wurde nicht berufen, um ein Cabinet zu bilden, sondern um seine Ansichten über die Lage auszusprechen. Er erklärte dem Monarchen, daß er entschieden den Gedanken der Rückberufung der Truppen aus Bosnien perhorrescire. Oesterreich-Ungarn könne die mit so großen Opfern gewonnenen Provinzen nicht mehr aufgeben, müsse überhaupt dafür Sorge tragen, daß es bei der Theilung der Türkei nicht leer ausgehe. Es müsse sich ein Lustloch nach dem Osten offen halten. Die Politik des Grafen Andrassy verdammt der ehemalige Staatsminister aufs entschiedenste als voll von Zweideutigkeiten. Nicht auf Grund eines europäischen Mandats, sondern mit der Erklärung, im Interesse der Selbsterhaltung sich schützen zu müssen, hätte Oesterreich-Ungarn mit Waffengewalt in Bosnien und der Herzegowina einrücken müssen. Rätme es diese Provinzen nicht, so würden sie serbisch oder montenegrinisch, d. h. sie kämen unter die Oberhoheit Rußlands; dann wäre Dalmatien unhaltbar, und Oesterreich-Ungarn, zu einem Binnenstaate geworden, sank zu einer Macht zweiten Ranges herab. Wenn man

offen so gesprochen hätte, würde man die Bevölkerung für Occupation und Annektion gewonnen haben; der Berliner Vertrag habe den Grafen Andrassy auf die Bahn der Zweideutigkeiten geführt, die in einem parlamentarisch regierten Staate nicht hätte betreten werden sollen. Er finde es nur zu begreiflich, daß Graf Andrassy auch jetzt den Parlamenten den Einfluß zu entziehen und die parlamentarische Schlacht in die Delegationen oder noch besser in deren Ausschüsse zu verlegen suche. Aber das sei ganz incorrect, die Parlamente müßten selbst entscheiden, müßten vor allem bezüglich der Zukunft Bosniens das ausschlaggebende Wort sprechen. Bosnien soll nach der Ansicht des ehemaligen Staatsministers einer der beiden Reichshälften einverleibt werden; keinesfalls dürfe man eine neue Militärgrenze organisiren, da eine solche im constitutionellen Staate unzulässig erscheinen müsse.

— Der budapester Correspondent der National-Zeitung schreibt dieser unterm 18. Oct.:

In ungarischen Kreisen betrachtet man die angefündigte Ernennung des Grafen Beust zum Votschaster in Paris als ein sicheres Zeichen, daß die Stellung des Grafen Andrassy nach oben hin erschüttert ist und er sich nur dadurch halten kann, daß er mit der Militärpartei und den Hofstreifen von Fall zu Fall sich abzufinden sucht; mit andern Worten, Graf Andrassy muß die Wünsche seiner Gegner erfüllen, wenn er auf seinem Posten verbleiben will. Man kennt hier den unruhigen Geist des Grafen Beust viel zu genau, um nicht zu wissen, daß er in Paris Politik auf eigene Faust treiben werde; er wird es versuchen, hinter dem Rücken des Grafen Andrassy ein Bündniß mit Frankreich zu Stande zu bringen, dessen Spitze sich früher oder später gegen Deutschland kehren wird, und man glaubt allgemein, daß Graf Andrassy nur so lange Minister des Aeußern bleibt, bis die Militärpartei und die Hofstreife in die Lage kommen werden, die Allianz mit Deutschland durch jene mit Frankreich zu ersetzen. Man kann sich die Ueberraschung vorstellen, die hier die Nachricht hervorrief, daß Graf Beust seine Talente in Paris verwerten soll, d. h. in einer Richtung, die dem guten Einvernehmen Oesterreich-Ungarns mit Deutschland nicht günstig sein kann und, wenn man bedenkt, mit welchem Haß Graf Beust gegen den Fürsten Bismarck erfüllt ist, früher oder später zu Verwickelungen führen muß. Vielleicht wird die große Misstimmung, die sich von allen Seiten gegen die Ernennung des Grafen Beust zum Votschaster in Paris kundgibt, dem Grafen Andrassy zur Stütze dienen und ihm die nöthige Kraft verleihen, den Wünschen der Hofstreife Widerstand zu leisten und die Besetzung des Grafen Beust auf einen andern Posten durchzusetzen. Die ungarische Regierung dürfte es sicherlich nicht veräumen, ihren maßgebenden Einfluß auf das auswärtige Amt dahin auszuüben, daß diese Ernennung im Interesse der Erhaltung des engen Bündnisses mit Deutschland rückgängig gemacht werde.

Türkei.

Wie bereits in vorvoriger Nummer mitgetheilt wurde, ist es zwischen der Pforte und den Kreislernen zu einem von Mukhtar-Pascha unterzeichneten Ausgleich gekommen, dessen Hauptpunkte folgende sind:

Der Generalkathalter von Kreta wird von der Pforte auf die Dauer von fünf Jahren ernannt. Er soll dem Volkstamme und der Confession der Mehrheit der Inselbewohner angehören. Eine Generalversammlung wird gebildet, indem die Bezirke, in welchem die christliche und die mohammedanische Bevölkerung gleich stark sind, zwei Vertreter aus jeder dieser beiden Confessionen wählen, die aber, in welchen die Bevölkerung der einen Confession sich in der Mehrheit befindet, aus derselben drei, aus der andern einen Vertreter wählen; die Bezirke, deren gesammte Bevölkerung einer Confession angehört, alle vier Vertreter dieser Confession. Die Insel soll in eine entsprechende Zahl von Verwaltungsbezirken eingetheilt werden, deren Vorkände der Confession angehören werden, zu welcher sich die Majorität der Bevölkerung des betreffenden Bezirkes bekennt. Mit Ausnahme des Generalkathalters werden die übrigen Beamten aus den Eingeborenen oder den seit längerer Zeit auf der Insel Ansässigen entnommen werden. Die reguläre Armee wird in den Küstenfestungen stationirt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung wird von einem der Generalkathalters unterstehenden Gensdarmecorps besorgt. Die Bewohner der Insel sind von jeder andern militärischen Dienstleistung befreit.

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 21. Oct. Der Stadtrath veröffentlicht folgenden Dank:

Dr. Bankier W. Seyffertz hier hat zur Erinnerung daran, daß Leipzigs Bürgerschaft es war, welche aus eigener Kraft und ohne fremde Unterstützung den ersten großen Schienenweg Deutschlands eröffnete, der Leipzig-Dresdener Eisenbahn ein Denkmal errichtet und der Stadt übergeben. Nachdem wir dieses an der Goethestraße hier aufgestellte Denkmal übernommen haben, bringen wir dies hiermit unter dem Ausdruck unsern herzlichsten Dankes für diesen neuen Beweis opferfreudigen Bürgerstunnes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, 17. Oct. 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Messerschmidt.

* Leipzig, 21. Oct. Die hiesige Gemeinnützige Gesellschaft eröffnet heute Abend 8 Uhr (im Kaiser-saale der Centralhalle) ihre gewohnten Winterabende in sehr interessanter Weise mit einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Bamberger, „über den kulturhistorischen Inhalt der verfloffenen Reichstagsession“. Es ist sehr dankenswerth von dem bekannten ausgezeichneten Redner, daß er so unmittelbar nach einer ziemlich anstrengenden parlamentarischen Thätigkeit sich hat bereit finden lassen, sein

allerdings schon früher gegebenes eventuelles Versprechen, den ersten Vortrag in der Gemeinnützigen Gesellschaft zu halten, doch noch zur Wahrheit zu machen.

Leipzig, 20. Oct. Der Verein zur Feier des 19. October beging am gestrigen Abend sein Jahresfest in den Sälen des Schützenhauses in gewohnter Weise. Der Vorsitzende Professor Dr. Raumann entrollte in fesselndem Vortrage ein Bild von der Lage Leipzigs in jenem Sommer, welcher der Völkerschlacht vorherging. Er schilderte die Beschwerden, welche die immer wiederkehrenden Durchzüge bald französischer, bald alliirter Truppen mit sich brachten, die abwechselnde Besetzung der Stadt durch die möglichst schonend auftretenden Russen und durch die befreundeten, aber um so unfreundlicher schaltenden Franzosen, namentlich unter ihrem wilden Führer, dem Herzog v. Padua, die von den französischen und italienischen Soldaten vollzogene greuliche Plünderung der Nachbarräder Lindenau und Eutrigsch, die Anlegung von Lazarethen in Leipzig, die vollständige Lahmlegung von Verkehr und Handel, die Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt, die Gefangennahme des Redacteurs der Leipziger Zeitung, Wahlmann, die auf Befehl erfolgte Feier des Napoleonstages, das Auftreten von Nervenfieber und Ruhr, den infolge des immer engeren Umschließens der Stadt stets zunehmenden Mangel an Lebensmitteln u. Beim Anblick solcher Bilder von Mühfal und Anälereien begreift man leicht, mit welchen Gefühlen die Bewohner unserer Stadt dem Gange der entscheidenden Octoberschlacht folgten. Dem Berichte des Vorsitzenden über die Vereinsverhältnisse entnehmen wir, daß im abgelaufenen Jahre neun Mitglieder, meist ältere, darunter sechs Siebziger und ein Achtziger, verstorben sind. Die dem ersten Theile der Feier folgende Tafel wurde nicht nur durch classische Musik, sondern auch durch den trefflichen Vortrag waterländischer Gesänge seitens eines wohlgeschulten Sängertreffes verschönt. Von den ausgebrachten schwungvollen Trinksprüchen erwähnen wir den auf Kaiser Wilhelm und König Albert (vom Vorsitzenden), auf das deutsche Heer (von Advocat Schrey) und auf die Stadt Leipzig (von Hrn. Grämer).

Leipzig, 21. Oct. Die Leipziger Nachrichten schreiben: Nächsten Donnerstag, 24. Oct., feiert der Senior unserer Bühne, Hr. Heinrich Stürmer, sein fünfzigjähriges Künstlerjubiläum und zugleich den Tag seiner vierzigjährigen Wirkksamkeit an unserer Bühne. Der in allen Kreisen unserer Stadt so geschätzte und geachtete Künstler, dessen Verdienste und Tugenden unlängst von anderer Seite eingehender gewürdigt sind, hat der Direction gegenüber den Wunsch nahe gelegt, an seinem Ehrentage in Guklow's 'Opf und Schwert' als König Friedrich Wilhelm I. aufzutreten. Dieser Wunsch ist durch den Umstand veranlaßt worden, daß Hr. Stürmer die genannte Rolle auch gelegentlich seines fünfundzwanzigjährigen Jubiläums in Leipzig am 24. Oct. 1863 darstellte. Director Dr. Förster ist mit Bereitwilligkeit auf diesen Wunsch des trefflichen Künstlers eingegangen. Wir sind gewiß, das Publikum Leipzigs wird dem durch eine so lange Wirkksamkeit hier ihm doppelt lieb gewordenen und bewährten, daneben auch in seinem bürgerlichen und Privatleben so hochachtbaren und allgemein geschätzten Künstler an diesem seinem Ehrentage die wohlverdiente Theilnahme und Sympathie bekunden.

Graf Beust hat Dresden wieder verlassen und ist mit Familie nach London zurückgereist.

Leipzig, 21. Oct. Ein ausgewähltes comisches Programm, unter allem Guten das Beste, bietet im Schützenhaus heute Abend das „Couplet“, das den Dank des Publikums für seine vierwöchentliche angestrengte Thätigkeit mit Recht in einem jährlichen Besuche zu empfangen hoffen darf. Die Mitwirkung der Geschwister Kommer wird den Abend nur noch schöner machen.

Leipzig, 20. Oct. Im Laufe der nunmehr beendeten Michaelismesse sind 20134 Fremde zur Anmeldung gekommen und 9063 Anmeldebüchlein ausgefertigt worden, gegen 20850 Anmeldungen und 9618 Anmeldebüchlein in der vorjährigen Michaelismesse.

Leipzig, 21. Oct. Ein bereits bejahrter Dresdener, welcher gestern Abend bei der Heiligen Bräde in die Pleiße sprang, wurde von zwei jungen Leuten als Leiche aus dem Wasser gezogen und polizeilich aufgehoben. Die Jury der am 6., 7. und 8. Oct. d. J. zu Distric (Siebenbürgen) abgehaltenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung hat, wie wir vernehmen, dem Verlagsbuchhändler Karl Scholze in Leipzig für die von ihm ausgestellten Bilder und Kupferwerke eine Medaille zuerkannt.

In der Spielwaarenbranche des Erzgebirges ist (nach der Social-Correspondenz) ein Aufschwung zu bemerken. Aus Oberhau und Seiffen wird gemeldet, daß die Geschäfte in Spielwaaren sich sehr gehoben haben und viele Aufträge für den Export vorliegen.

Handel und Industrie.

Meiningen, 20. Oct. Eine und vortliegende amtliche Zusammenstellung über die Entwicklung der Spar- und Vorschußvereine im Herzogthum Meiningen ergibt den Beweis von dem stetigen Wachstume dieses genossenschaftlichen Vereinswesens. Es bestehen zur Zeit im Herzogthum

26 Spar- und Vorschußvereine mit 14964 Mitgliedern gegen 12471 im Jahre 1873. Die Geschäftsanteile sind in dem Zeitraum 1873-77 von 897432 auf 1,608433, die Spareinlagen von 1,373502 auf 3,491580, die aufgenommenen Anleihen von 1,331817 auf 1,851022, die Vorschüsse von 3,779835 auf 4,562232, die Prolongationen von 3,961269 auf 6,756693, die Disconten von 822891 auf 4,107636, das Contocorrent von 1,733880 auf 3,658294 und der Reservefonds von 66582 auf 145840, der gesammte Umsatz von 10,297875 auf 19,084855 M. erhöht, sonach fast verdoppelt.

Ein sehr beachtenswerthes, inhaltreiches und im besten Sinne abgefaßtes Schriftchen ist die Broschüre: „Zur Arbeiterfrage in der Landwirtschaft“ von Dr. Otto von Victor Leo, Lehrer der Nationalökonomie an der Königlich preussischen landwirtschaftlichen Akademie zu Proskau in Schlesien (Oppeln, Commissionverlag von W. Star's Buchhandlung). Der Verfasser prüft an der Hand der gemachten Erfahrungen und unter Anführung einer äußerst zahlreichen Literatur die verschiedenen Mittel und Wege einer Aufbesserung des Einkommens der ländlichen Arbeiter (Ermöglichung der Erwerbung von Grundeigentum, Accordarbeit, Antheilwirtschaft, Prämien u.). Unter den Landwirthen, auf die er dabei exemplificirt, befinden sich auch zwei sächsische, Hr. Calberla auf Meydorf und Hr. Bollsch in Großschöcher. Wir können das Schriftchen allen human denkenden Landwirthen nur recht angelegentlich zur sorgfältigen Beachtung empfehlen.

Nach den unter Aufsicht des englischen Handelsamtes im Customhouse zu London bearbeiteten monatlichen „Accounts relating to trade and navigation of the united kingdom“ betrug die Einfuhr von Roherzeugnissen und Fabrikaten vom englischen Markt nach Deutschland in den ersten acht Monaten dieses Jahres nach dem Werthe berechnet und mit der Einfuhr des gleichen Zeitraumes im Vorjahre verglichen ein Bedeutendes mehr bei folgenden Artikeln: Kupfer, roh in Blöcken, Eisenbahnschienen, Reifeisen, Dampf- und andere Maschinen, Baumwollgarn, feine und halbfine Waaren, Wollgarn und wollene Tücher. Das Plus beläuft sich bei sämtlichen Artikeln auf 28 Mill. M. Ein Minus hat sich nur bei Theen- und Porzellanwaaren und bei Kammwollgarn ergeben.

Das Archiv für Post und Telegraphie schreibt: „Die Chinesen nehmen bekanntlich mehrere Erfindungen für sich in Anspruch, welche am meisten umgestaltet auf unser Culturleben eingewirkt haben, z. B. die Erfindung des Schießpulvers und der Buchdruckerkunst. Neuerdings ist dasselbe betrefte des Fernsprechers der Fall; denn die Peking Staats-Zeitung bezeichnet das Jahr 968 (nach Christus?) als Zeitpunkt der Erfindung des Fernsprechers, dessen chinesischer Name „Thumtschin“ lautet. Der Vorgänger Graham Bell's wäre nach dieser Quelle ein Weiser, Namens King-Foo-Wing, gewesen. Vielleicht darf man aus diesem Vorgange auf eine den obengenannten Erfindungen entsprechende epochemachende Bedeutung des Fernsprechers schließen.“

Bremen, 19. Oct. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,10, pr. November 9,10, pr. December 9,30, pr. Januar-März 9,55.

Antwerpen, 19. Oct. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 1/2, bez. u. Br., pr. November 22 1/2, Br., pr. December 23 1/2, Br., pr. Januar-Februar 23 1/2, Br. Rußig.

St. Louis, 19. Oct. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 198500 Tons gegen 163800 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hoöfen 92 gegen 87 im vorigen Jahre.

Liverpool, 19. Oct. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 600 Ballen. Billiger. Futures 1/4, D. billiger. Amerikaner aus irgendeinem Hafen alte Ernte November-December-Lieferung 5 1/2 D.

Börsenberichte.

Berlin, 21. Oct., 12 Uhr 5 Min. Eröffnungscurs. Deft. Creditact. 395, - Deft. Franz. Staatsb. 436, - Deft. Südbahn (Romb.) 116,50, Berg.-Märk. 77,25, Köln-Mindener 103,75, Salzg. Karl-Ludwigsh. 98, - Rhein. 107,75, Rumän. 33, - Disconto-Comm. 130, - Königs- und Laurahütte 70,75, Deft. Lofe v. 1860 105,75, do. Goldrente 61,50, do. Silberrente 53,50, do. Papierrente 52,40, Russ. Anl. v. 1877 80,70, do. Bankn. 204, - Deutsche Bank 104, - Ung. Goldrente 71, - Tendenz: sehr fest. Aus Wien bekannte Curs von 10 Uhr 25 Min. vorm. Deft. Creditact. 226,60, Deft. Franz. Staatsb. 436, - Deft. Südbahn (Romb.) 66,50, Salzg. Karl-Ludwigsh. 227,80, Deft. Goldrente 71,50, Deutsche Marknoten 58,12, Napoleon'sor 9,41 1/2. Tendenz: fest.

Berlin, 19. Oct., 1 Uhr 55 Min. Dester. Französi. Staatsb. 436, - Deft. Südbahn (Romb.) 116, - do. Creditact. 392, - Disconto-Comm. 129, - Berg.-Märk. 76,75, Köln-Mindener 102,75, Rhein. 107,50, Salzg.-Ludwigsh. 97,60, Russ. Anl. v. 1877 79,90, do. Bankn. 204,20.

Berlin, 19. Oct., 2 Uhr 55 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 95,60, 4 1/2 proc. preuss. consol. Anl. 104,90, 3 proc. sächs. Rente 72,80, Dester. 1860er Lofe 105,40, do. Papierrente 52,00, do. Silberrente 53,50, do. Goldrente 61,60, Ungar. Goldrente 71,00, russ. consol. 5 proc. Anleihe v. 1877 80,20, do. Prämienanleihe 148,50.

Bankactien. Allg. Deutsche Creditanst. 110,80, Chemn. Bank. 78,25, Darmst. Bl. 116,25, Deutsche Bl. 103,90, Deutsche Reichsb. 153,50, Disconto-Comm. 128,50, Dresd. Bl. 100,25, Oerter Bl. 82,00, do. Handels- u. Creditbank 44,25, Gothaer Bank 93,00, Leipziger Discontoges. 55,50, Meiningener Creditanst. 77,90, Sächs. Bl. 103,60, Sächs. Bank. 22,00, Thür. Bl. 75,00, Weimar. Bl. 32,75. - Dester. Creditanst. 392,00.

Industrieactien. Gelsenkirchen 95,10, Königs- u. Laurahütte 70,50. Eisenbahnactien. Russig-Teplitzer 134,60, Berlin-Potsd.-Magdeb. 81,50, Berlin-Stettin 114,60, Dresd.-Schneidm.-Freib. 62,00, Halle-Sorau-Guben 11,60, Magdb.-Halberst. 129,00, Mainz-Ludwigsh. 70,00, Oberschl. Ls. A 127,80, Deft. Nordwestb. 187,00, Prag-Turnauer 33,25, Rumänischer Stammact. 32,50, do. Stammact. 84,00, Thür. 115,10, Weimar-Gera Stammact. 39,90. - Berg.-Märk. 76,75, Berlin-Anb. 90,10, Köln-Mind. 102,75, Salzg. Karl-Ludw. 97,90, Franzosen 435,50, Lomb. 115,00, Rhein. 107,50.

Sorten. Napoleons'or 16,20, Deft. Banknoten 172,50, Russ. Bankn. 203,90, Deft. Silbergulden. - Wechsel. Amsterdam l. S. 169,10, do. 2 M. 168,00, Belg. Bankfl. 10 Tage 80,90, do. 3 Mon. 80,40, London kurz 20,50, do. 3 Mon. 20,26, Paris l. S. 81,10, Petersburg l. S. 203,30, do. 3 M. 202,25, Warschau l. S. 203,30, Wien l. S. 171,90, do. 2 M. 170,50.

Frankfurt a. M., 19. Oct. Schlußcurs: Lombard Wechsel 20,505, Wiener Wechsel 171,45, 3 proc. Sächsische Rente 72 1/2, Deft. Papierrente 52 1/2, do. Silberrente 53 1/2, do. Goldrente 61 1/2, Staatsb. 217, Lomb. 55 1/2, Salzg. 195 1/2, Deft. Creditact. 197, Darmst. Bankact. 116, Deutsche Reichsbank 153 1/2.

Frankfurt a. M., 20. Oct., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 193 1/2, Franzosen 216 1/2.

Hamburg, 19. Oct. Silberrente 52 1/2, Goldrente 61 1/2, Creditact. 195 1/2, 1860er Lofe 105 1/2, Franz. 543, Lomb. 142, Ital. Rente 72 1/2, Neueste Russen 80 1/2, Vereinsb. 123 1/2, Laurahütte 70 1/2, Commerzb. 101 1/2, Norddeutsche 137 1/2, Intern. Bl. 81 1/2, Amerik. 97, Köln-Mindener 102 1/2, Silberrente 62,70, 1860er Lofe 111, - Nordwestb. 109, - Bankact. 788, - Creditact. 225,80, Anglo-Russ. Bank 101,00, Lomb. 117,70, Silberagio 100, Ducaten 5,61, Napoleons'or 9,41, Salzg. 227,25, Staatsbahn 253,50, Lomb. 66,50, Goldrente 71,75, Deutsche Reichsbank 68,12.

Paris, 19. Oct., 1 Uhr 30 Min. Anleihe v. 1872 113,30, Staatsbahn 542,50, Lomb. 155, -

Paris, 19. Oct., 3 Uhr nachm. 3 proc. amortisirbare Rente 78,40, 3 proc. Rente 75,45, 1872er Anl. 113,20, Ital. 5 proc. Rente 73,32 1/2, Deft. Goldr. 61 1/2, Ung. Goldr. 71 1/2, 1877er Rente 82 1/2, Franz. 542,50, Lomb. 159,50, do. Prior. 240, - 1865er Türken 11,50, 1869er 73, - Türkenloose 46,00.

London, 19. Oct. Consols 94 1/2, Ital. 5 proc. Rente 72 1/2, Lomb. 6 1/2, 5 proc. 1871er Russen 79, do. 1872er 78 1/2, do. 1873er 80 1/2, Silber 49 1/2, 1865er Türken Anl. 11 1/2, 1869er do. 14 1/2, 5 proc. Amerik. 106 1/2, Deft. Silberrente -, Papierrente -.

Petersburg, 18. Oct. Wechsel London 3 Mt. 24 1/2, do. Hamburg 205 1/2, do. Amsterdam 121 1/2, do. Paris 253 1/2, Russ. Prämienanl. 1864 (geh.) 234 1/2, do. 1866 200, do. Anl. 1873 122 1/2, 1/2-Imperial's 8,19, Gr. Russ. Eisenbahnen 231 1/2, Privatdiscont 4 1/2 Proc.

Konigsberg, 19. Oct. abds. Wechsel auf London in Gold 4,79 1/2, Goldagio 1/2, 5 proc. 50er Bonds 105 1/2, 1887er Bonds 1 5 1/2, Eriebahn 11 1/2.

Berlin, 19. Oct. Weizen per loco 150-195, per Oct.-Nov. 169,50, per Frühjahr 179,00, Roggen: loco 117, - per Oct.-Nov. 115, - per Nov.-Dec. 116, - per Frühjahr 121,00, Rüböl: loco 52,50, per diesen Monat 52,50, per Oct.-Nov. 50,50, per Frühjahr 51,70, Rüböl: loco 60,80, per diesen Monat 60,60, per Oct.-Nov. 59,50, per Frühjahr 59,40, Rüböl: loco 131, - per Frühjahr 123,00.

Leipziger Productenbörse am 21. Oct. Bitterung: Bewölkt. Spiritus loco 53 G.; besser.

Leipzig, 21. Oct. Infolge günstiger politischer Nachrichten sandten die auswärtigen Börsen feste und hohe Curs, die auch hier eine theilweise Festigkeit und Steigerung hervorriefen.

Sächsische und Reichsrenten unverändert, dagegen Oesterreichische und Russische Anleihen höher in gutem Verkehr. In Eisenbahnen wenig Geschäft, namentlich höher waren Rumänier, Berlin-Anhalter, Rheinische, Bergische, Köln-Mindener und Salzgier in gutem Verkehr.

Bankactien ziemlich lebhaft, namentlich Berliner Disconto und Leipziger Credit höher in guter Frage. Leipziger Bank, Oerter Credit, Sächsische und Dresdener Bank Kleinigkeit gehandelt, Weimar niedriger.

Deutsche und Oesterreichische Prioritäten wenig Geschäft, ebenso in Industrieactien.

Oesterreichische und Russische Baluta höher.

Neueste telegraphische Depeschen.

Wien, 20. Oct. Der russische Botschafter Graf Schwalow ist heute, von Paris kommend, hier eingetroffen und wird morgen Vormittag seine Reise nach Livadia fortsetzen.

Sudapest, 21. Oct. Die liberale Partei hielt gestern Abend eine ungewöhnlich stark besuchte Konferenz; mehr als 200 Abgeordnete erschienen. Tisza, bei seinem Eintritt mit lebhaften andauernden Etymen begrüßt, gab über die auswärtige Lage ein längeres Exposé, welches die Partei zustimmend zur Kenntniß nahm. Ueber die Mittheilungen Tisza's wird man auf Wunsch desselben Discretion beobachten. Am Schluß constituirte sich die Partei und wählte Sorove zum Präsidenten, Paul Szontagh zum Vicepräsidenten.

Rom, 21. Oct. Der König hat die Entlassungsgesuche der Minister Corti, Bruzzo und Braconetti genehmigt; der Ministerpräsident wird am Dienstag hier eintreffen.

London, 21. Oct. Heute findet eine vorläufige Bernehmung der Directoren und des Secretärs der City-of-Glasgow-Bank statt, welche am vorigen Sonnabend zur Haft gebracht worden sind.

London, 21. Oct. Mit der Meldung der Times aus Darjeeling scheint eine Mittheilung des Daily Telegraph zusammenzuhängen, wonach die Staatssecretäre des Krieges und der Marine anlässlich der afghanischen Angelegenheit die aufgebundene Reise nach Cypren doch antreten. Ersterer reiste gestern nach Paris ab, um sich nach Cypren zu begeben, letzterer folgt morgen nach. - Bei einem am Sonnabend bei Pontybridd stattgehabten Eisenbahnunfälle wurden 12 Personen getödtet und einige 40 verwundet.

Leipziger Börsenberichte... (Vertical text on the right margin containing various market reports and notices.)

Leipziger Börse.

31. Oct.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Table of Berlin-Görlitzer and other regional securities.

Table of Eisenbahn-St.-Pr.-Actien (Railway shares).

Table of Bank- u. Credit-Actien (Bank and credit shares).

Table of Industriell-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior. (Industrial shares).

Table of Bank-Disconto (Bank discounts).

Table of Sorten (Various types of securities).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Ausländische Fonds (Foreign funds).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Eisenb.-Stamm-Act. (Railway shares).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Table of Eisenb.-Prior.-Obl. (Railway bonds).

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 22. Oct. Zum zweiten male: Der Weineidbauer. ... Theater der Stadt Leipzig.

